

Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Hindenburgs republikanische Monarchie

Kommt die Reichstagsauflösung? — Und was dann? — Das Proletariat muß zu entscheidenden Kämpfen gerüstet sein!

Mit immer größerer Bestimmtheit versichern die der Regierung Papen nahestehenden Blätter, daß mit einer baldigen Auflösung des Reichstages zu rechnen sei. Sobald der Reichstag den Anträgen auf Aufhebung der Papenschen Notverordnungen zugestimmt habe, noch vor der Abstimmung über die eingebrachten Mißtrauensvoten, werde er aufgelöst werden. Wenn nicht doch noch eine Verständigung zwischen Zentrum und Nationalsozialisten zustande käme, wodurch ganz neue Mehrheitsverhältnisse geschaffen würden, so sei das Schicksal des eben erst gewählten Reichstages bereits besiegelt.

Wir geben diese Auffassungen wieder, ohne uns ihnen mit solcher Bestimmtheit anzuschließen. Die politisch-taktische Situation ist noch so ungeklärt, es kommen für die Entscheidung so verschiedene Faktoren in Frage, daß man durchaus mit mehreren Möglichkeiten rechnen muß. Nach wie vor halten wir es z. B. auch für denkbar, daß die Regierung darauf spekuliert, die Reichstagsverhandlungen würden aufliegen und die Regierung könne auf diese Weise eine neue Frist gewinnen.

Wie dem auch sei — über das, was nach einer Reichstagsauflösung geschehen sollte, scheint in den Kreisen der Regierung noch keine restlose Klarheit zu herrschen. Wann dann Neuwahlen stattfinden sollten, ob man überhaupt wieder wählen läßt, in welcher Weise vorher das Wahlrecht auf dem Notverordnungswege geändert wird — all das scheint noch nicht endgültig entschieden zu sein. Die nächste Woche wird hierüber Klarheit bringen.

An einem ist nicht zu zweifeln: die Regierung Papen-Schleicher wird über Zwirnsfäden der Reichsverfassung nicht stolpern. Soeben hat Herr Dr. Bracht im Namen der kommissarischen preussischen Regierung erklärt, seine Regierung sei nicht dem Landtage, sondern nur dem Reichspräsidenten verantwortlich. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß diese Erklärung nicht nur für Preußen Bedeutung haben wird. Wahrscheinlich ist der Tag nicht mehr fern, an dem die sogenannte Präsidentsal-Regierung der Herren Papen und Schleicher verkündet wird, sie sei nicht dem Reichstage, sondern nur dem Reichspräsidenten — und vielleicht noch Gott und ihrem Gewissen — Verantwortung schuldig.

Zentrum und Sozialdemokratie legen den höchsten Wert darauf, daß auf jeden Fall der Buchstabe der Weimarer Verfassung gewahrt bleibe. Das deutsche Proletariat hat bestimmt größere Sorgen. Wir wissen, daß sich immer Juristen finden werden, die den ganz verfassungsmäßigen Charakter noch so diktatorischer Maßnahmen gehorsam bescheinigen. Die angebliche Respektierung vorgeschriebener Formeln sichert der Arbeiterklasse weder die politische Freiheit, noch soziale Lebensmöglichkeiten. Der Kampf des deutschen Proletariats gegen die unheilvolle Entwicklung in Deutschland wird nicht durch juristische Spiegelfechterei und parlamentarische Manöver geführt und entschieden, sondern durch die Kraft der außerparlamentarischen Massenaktionen, die sich allerdings auch an diesen Verfassungskonflikten entzünden können. Den Sieg kann die deutsche Arbeiterklasse dabei aber nur dann erringen, wenn sie weiß, daß sie nicht für die Wiederherstellung der Weimarer Demokratie, sondern für die revolutionäre Verwirklichung des Sozialismus zu kämpfen hat.

Sondergesetz gegen Klara Zetkin?

Berlin, 25. August.
VDZ. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, hat jetzt die kommunistische Reichstagsfraktion den Reichspräsidenten Lohbe davon verständigt, daß die kommunistische Abgeordnete Frau Klara Zetkin als ältestes Mitglied des neuen Reichstages die konstituierende Sitzung des Parlaments leiten und also ihr Amt als Alterspräsidentin wahrnehmen wird. Damit kann als sicher angenommen werden, daß Frau Zetkin den Reichstag eröffnen wird, falls nicht die Bestrebungen zum Erfolge führen, die darauf abzielen, zwecks Vermeidung eines schweren Konfliktes in der Eröffnungssitzung die Bestimmungen über den Alterspräsidenten zu ändern.

Wer wird Reichspräsident?

Wie die Deutsche Zeitung erfahren haben will, soll von der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion als Präsident des neuen Reichstages der Abgeordnete der NSDAP Franz Stöhr vorgeschlagen werden. Stöhr war

lange Zeit im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband tätig und hatte im bisherigen Reichstag einige Monate lang das Amt des ersten Vizepräsidenten des Reichstages inne.

Besprechungen in Neudeck

Berlin, 26. August.
CNB. Reichskanzler von Papen wird sich, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfahren haben will, am Montag nach Neudeck begeben, um dem Reichspräsidenten über die politische Lage Bericht zu erstatten und die bevorstehenden wichtigen Entscheidungen zu besprechen. Sein Besuch in Neudeck werde voraussichtlich Dienstagabend beendet sein. Der Besprechung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler kommt nach Auffassung der „DAZ“ besonders deshalb große Bedeutung bei, weil hier alle mit dem Reichstagszusammentritt in Verbindung stehenden Fragen endgültig geklärt werden sollten. Der Reichskanzler dürfte, so vermutet das Blatt weiter, vom Reichspräsidenten das Dekret zur Auflösung des Reichstages erbitten und erhalten. Gleichzeitig müßten die für die Zeit nach der Auflösung entstehenden Möglichkeiten vorbereitet werden. Dazu gehören sowohl die Anberaumung des Wahltermins für ein neues Parlament, wie die Wahlreform.

Sanjurjo zum Tode verurteilt und begnadigt

Madrid, 25. August.
WTB. Die amtliche Mitteilung über das Urteil des Kriegsgerichts bestätigt, daß General Sanjurjo zum Tode verurteilt worden ist. Die beiden Mitangeklagten, General Herranz und Oberstleutnant Infant, wurden zu lebenslänglicher bzw. 12jähriger Haft verurteilt. Hauptmann Sanjurjo wurde freigesprochen.

Madrid, 25. August.
WTB. Das spanische Kabinett scheint sich in einer heute nachmittag abgehaltenen Sitzung dafür entschieden zu haben, beim Präsidenten der Republik die Begnadigung des zum Tode verurteilten Generals Sanjurjo zu beantragen.
Der französische Botschafter in Madrid, Herbet, soll namens der französischen Regierung einen Schritt unternommen haben, damit General Sanjurjo nicht hingerichtet werde.

Madrid, 25. August.
WTB. Präsident Zamora hat die gegen General Sanjurjo verhängte Todesstrafe in lebenslängliche Kerkerstrafe umgewandelt.

Ein Erzherzog in Barcelona verhaftet

London, 25. August.
WTB. Wie der Reutersvertreter aus Barcelona meldet, ist der Erzherzog Karl von Habsburg und Bourbon, Sohn des verstorbenen Erzherzogs Leopold, dort verhaftet worden, weil er angeblich in die letzte monarchistische Verschwörung verwickelt sein soll. Die Menge versuchte, den Kraftwagen des Erzherzogs in Brand zu stecken.

Die Begnadigung Sanjurjos, des Hauptes der monarchistischen Konterrevolution, durch die republikanische Regierung beweist auf der einen Seite die Halbheit und im Wesen konterrevolutionäre Politik der bürgerlich-sozialdemokratischen Regierung. Obwohl schon jetzt, wenige Tage nach der Niederschlagung des monarchistischen Putsches, die Monarchisten offen mit einem neuen „größeren und besser vorbereiteten“ Aufstand drohen, will die Regierung den Monarchisten nicht wehe tun, weil sie die monarchistischen Kräfte stets als Kettenhunde gegen das rebellierende Proletariat in Reserve halten will. Deshalb wird auch die Armee nicht von den Monarchisten gesäubert, sondern bleibt, soweit es sich um die obersten Kommandoposten handelt, nach wie vor in ihren Händen, bis sie — wie in Deutschland — eines schönen Tages die republikanische Regierung „verhaften“ zum Teufel jagen.

Auch in Spanien kann nur die Arbeiterklasse, und zwar nur mittelst der Diktatur des Proletariats, die Konterrevolution endgültig liquidieren. Dieser einzig möglichen Durchführung und Vollendung der spanischen Revolution steht nicht nur die bürgerlich-reformistische Sozialdemokratie, sondern auch der sich gerade jetzt in Spanien als konterrevolutionär erweisende Syndikalismus im Wege.

Madrid, 25. August.
WTB. Die radikale Kammerfraktion hat beschlossen, für die unveränderte Durchführung des Urteilspruches gegen General Sanjurjo, gleichviel wie das Urteil ausfällt, einzutreten. Sollten die beiden radikalen Minister mit diesem Standpunkt innerhalb des Kabinetts nicht durchdringen, so würden sie ersucht werden, zurückzutreten.

Zur Spaltung der englischen Arbeiterpartei

Die politischen Ereignisse der letzten Wochen haben verhindert, daß wir die jüngste Entwicklung in der englischen Arbeiterbewegung mit der notwendigen Aufmerksamkeit verfolgten. Dabei sind die Beschlüsse, die auf dem Parteitag der ILP Ende Juli gefaßt wurden, gerade für uns von besonderer Bedeutung. Wir sehen in ihnen einen wesentlichen Schritt auf dem Wege der Gesundung der internationalen Arbeiterbewegung.

Die Spaltung der englischen Arbeiterpartei vollzog sich, ähnlich wie die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie im letzten Herbst, äußerlich aus organisatorischen Gründen, in Wirklichkeit aber standen tiefgehende politische Meinungsverschiedenheiten dahinter. Welcher Art diese politischen Differenzen waren, das werden wir in den nächsten Tagen in einigen Artikeln von Fenner Brookway, dem Vorsitzenden der jetzt aus der Arbeiterpartei ausgefahrenen ILP, zur Darstellung bringen. Auch die organisatorischen Vorgänge sind den deutschen parallel: auch in England lehnte die Mehrheit jede Verhandlung über die strittigen organisatorischen Fragen ab und verlangte bedingungsloses Eingehen auf ihre Forderungen.

Ebenso wie zur Zeit ihrer Gründung die SAP, ist heute die ILP von allen Seiten tendenziösen Verleumdungen ausgeheult. So heißt es zum Beispiel in der offiziellen, von der Exekutive der zweiten internationale verbreiteten Darstellung der englischen Arbeiterpartei:

„Die ILP wird ihre Aufmerksamkeit darauf richten, eine geeinte Partei der Arbeiterklasse — Einheit auf einer erneuten Grundlage einer revolutionären sozialistischen Politik — zu erreichen. Diese Worte sind bekannt. Wir glauben, sie von den Kommunisten gehört zu haben. Wir sind uns nicht ganz klar, was damit gesagt werden soll (1). Die ILP wird eine unabhängige Gruppe mit eigener Geschäftsordnung sein, welche die persönliche Freiheit und Aktionsmöglichkeit viel mehr einengen wird, als jene, die zum Vorwand für den Austritt gemacht worden ist.“

Ebenso sieht der Sekretär der zweiten internationale, Friedrich Adler, in einem „Abseits vom Weltgeschehen“ überschriebenen Artikel die Schuld einseitig bei der ILP und erwähnt mit keinem Wort die schweren Sünden der englischen Arbeiterregierung. „Die ILP“ schreibt er,

„hat von ihrem Parteitag die SAP Deutschlands in ihrem Wahlkampf begrüßt. Sie hat damit (1) ihre eigene Zukunft klar gezeichnet. Alle die Gruppen, die in den Zeiten der Stürme der Gegenwart sich von den Massen trennen... sind nicht nur selbst zur Ohnmacht verdammt, sondern sie nehmen die historische Schuld auf sich, die Arbeiterklasse in entscheidender Stunde geschwächt zu haben.“

Auch von der anderen — der kommunistischen — Seite fehlt es nicht an Verleumdungen und Entstellungen. Die

Immer neue Justizskandale

Der Ausschluß des kommunistischen Verteidigers im Felsenck-Prozess

Wir berichteten bereits, daß in der vergangenen Woche der Vorsitzende im Berliner Felsenck-Prozess (in dem bekanntlich Nationalsozialisten und Kommunisten wegen eines Zusammenstoßes, der sich als Folge eines nationalsozialistischen Überfalles entwickelte, auf der Anklagebank sitzen) den Verteidiger der Kommunisten, Rechtsanwalt Dr. Litten, vom weiteren Gang der Verhandlung ausgeschlossen habe. Das Gericht hatte sich nach diesem Beschluß auf 10 Tage verlagert — angeblich, um die Rechtfertigung zu prüfen.

Diese Prüfung scheint etwas merkwürdig ausgefallen zu sein. Denn als gestern der Prozeß wieder aufgenommen wurde, wurde dem kommunistischen Verteidiger das Betreten des Saales und des Zuhörerraumes verboten, so daß er unverrichteter Dinge umkehren mußte. Das Gericht übertrug dann die Vertretung der kommunistischen Angeklagten zwei Offizialverteidigern, und daraufhin wurde der Prozeß wieder bis zum 30. August verlagert, damit diese Anwälte Gelegenheit haben, sich in die sehr komplizierte Materie einzuarbeiten.

Das Vorgehen des Gerichtes ist ein Willkürakt, der die Interessen der angeklagten Arbeiter aufs schwerste schädigen muß. So etwas hat es bisher selbst in der Geschichte der deutschen Klassenjustiz nicht gegeben. Der einzige Vorwurf, er gegen Dr. Litten, erhoben wird, ist die Behauptung des Vorsitzenden, der Verteidiger stelle zu viele Fragen und sabotiere dadurch den Ablauf des Prozesses! Eine solche durch leicht bewiesene Behauptung genügt, um einen angesehenen Anwalt an der Ausübung seiner Berufspflichten gewaltsam zu hindern. In einem Balkanstaat könnte es nicht schlimmer zugehen.

Sämtliche an dem Prozeß beteiligten Verteidiger, auch die angeklagten Nationalsozialisten, wenden sich in einer scharfen Erklärung gegen die Ausweisung des Rechtsanwaltes Litten. Ebenso haben zahlreiche führende Juristen gegen diese unerhörte Maßnahme protestiert. Aber um das alles brauchen sich deutsche Richter natürlich nicht zu kümmern.

„Rote Fahne“ verboten

WTB. Berlin, 25. August.
Die „Rote Fahne“ ist vom 26. August bis 2. September 1932 einschließlich verboten.

Das Verbot ist auf einen Artikel zurückzuführen, in dem außergewöhnlich scharfe Angriffe gegen das gestern von dem Berliner Sondergericht gefällte Urteil erhoben werden.

Nachdem gestern die Meldung vom Verbot des nationalsozialistischen „Angriff“ vorlag, war — nach langbewährter Methode — „zum Ausgleich“ ein Verbot des kommunistischen Zentralorgans zu erwarten. Die Begründung des Verbots mit der (durchaus berechtigten) scharfen Kritik der „Roten Fahne“ an dem unerhörten Zuchthausurteil des Berliner Sondergerichts verhielt die wahren Gründe und Absichten der Maßnahme.

Weitere Presseverbote

Das Reichsorgan der kommunistischen Erwerbslosen, „Der Arbeitslose“, wurde bis zum 31. Oktober in den Bezirken Berlin-Brandenburg, Halle, Ostpreußen, Mecklenburg, Magdeburg und Danzig verboten. Unter Androhung eines weiteren Verbotes wurde die Veröffentlichung der Verbotabegründung untersagt.

Die Zeitschrift „Rote Gewerkschafts-Internationale“, wurde auf Grund der Verordnung gegen politische Ausschreitungen sogar bis zum 19. November verboten, ebenfalls mit dem Zusatz, daß die Verbotabegründung nicht veröffentlicht werden darf.

Der Berliner Polizeipräsident Dr. Meißner hat die monatlich erscheinende Funktionärzeitschrift „Der IAH-Funktionär“ auf Grund des § 6 Abs. 1 Ziffer 2 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juli 1932 auf die Dauer von 3 Monaten bis zum November 1932 verboten. Am Schlusse der Verbotabegründung heißt es:

„Eine Veröffentlichung der Verbotgründe würde zu einem erneuten Verbot der Zeitschrift führen.“

Der Oberpräsident hat den hier erscheinenden sozialdemokratischen „Volksboten“ auf die Dauer von fünf Tagen verboten. Anlaß hierzu gab ein Artikel zur Verfassungskonferenz, in dem eine Verächtlichmachung der Reichsregierung erblickt wird.

Ein Freispruch

Berlin, 25. August.
CNB. Am zweiten Verhandlungstage stand heute vor dem Berliner Sondergericht der Bäckergehilfe Bolelaus Pawlicki, der wegen schweren Landfriedensbruchs angeklagt war. Er hat am Abend des 16. August in einer Zu-

sammenrottung vor einem nationalsozialistischen Verkehrslokal teilgenommen und soll die Scheibe des Lokals zertrümmert haben. Der Staatsanwalt beantragte wegen einfachen Landfriedensbruchs auf Grund der Notverordnung gegen politischen Terror eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren.

Das Sondergericht sprach den Angeklagten frei. In der Begründung wurde u. a. ausgeführt, daß zwar ein Überfall auf das nationalsozialistische Verkehrslokal planmäßig vorbereitet gewesen sei; es bestehe aber die Möglichkeit, daß der Angeklagte durch Zufall dahin geraten sei, ohne daß er das Bewußtsein habe, die Menge wolle Gewalttätigkeiten begehen.

Dieser Freispruch erfolgte durch dasselbe Gericht, das an seinem ersten Verhandlungstage den sojährigen Paul Schmidtko zu der furchtbaren Strafe von zehn Jahren Zuchthaus verurteilt hatte. Durch diese neue Entscheidung wird das Urteil gegen Schmidtko, das wir bereits gestern aufs schärfste kritisiert haben, nur noch unhaltbarer. Es muß, wir wiederholen es, alles getan werden, um dieses Schreckensurteil so rasch wie möglich zur Aufhebung zu bringen!

„Ohne jede politischen Hintergründe“

WTB. Gleiwitz, 25. August.

Das Gleiwitzer Sondergericht verurteilte nach dreitägiger Verhandlung den 42-jährigen Monteur Emil Lachetta wegen schweren Landfriedensbruchs und schweren Aufruhrs zu zwei Jahren Zuchthaus, den 20-jährigen Tischlergesellen Reinhold Bahalors und den Arbeiter Schwan wegen schweren Aufruhrs und Landfriedensbruchs zu je einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, die Angeklagten Nogaizik, Kirschlok, Hoffmann und Przybylla wegen Aufruhrs in Tateinheit mit Landfriedensbruch zu je einem Jahr Gefängnis, Sätzki wegen Landfriedensbruchs zu vier Monaten Gefängnis. Die Angeklagten Kapitzka, Lischka, Muschlok, Kalenbe und Pawlanka wurden freigesprochen. Die Untersuchungshaft wird in voller Höhe angerechnet.

Dem Prozeß lagen Zwischenfälle zu Grunde, die sich in der Nacht vom 19. zum 20. April d. J. in Hindenburg-Zaborze abgespielt hatten und bei denen Polizeibeamte von den Angeklagten mit Pflastersteinen und Schußwaffen angegriffen worden waren. In der Urteilsbegründung betonte der Vorsitzende ausdrücklich, daß es sich hier um Vorgänge ohne jede politischen Hintergründe gehandelt habe.

„Impektor“ zitiert in ihrer Nummer 64 einen Ausspruch von Brookway: „Die ILP nimmt das Ziel der Arbeiterpartei, den Sozialismus, und im allgemeinen deren Programm an. Es gibt vereinzelte Fragen ihres Programms, in denen wir anderer Auffassung sind. In den größeren Fragen aber schenken wir es an.“ Darum leidet die Impektor den Schluß ab, daß auch die ILP nur eine linke Filiale der Arbeiterpartei sei, mit dem Ziel, möglichst bald wieder in sie zurückzukehren. Dabei unterschlägt sie aber die Satze, die unmittelbar auf den von ihr zitierten folgen:

„Der Unterschied zwischen beiden Organisationen bezieht sich nicht auf die Grundsätze, sondern auf die Taktik und Politik. In einem Wort die ILP betrachtet den Sozialismus nicht als fernes Zukunftsziel, das durch eine Reihe von Reformen zu erreichen ist, sondern als eine unmittelbare Notwendigkeit, die zu realisieren ist, sobald die Macht erobert ist.“

Die Arbeiterpartei ebenso wie die Presse der bürgerlichen Parteien sagen die neugegründete Partei bereits tot. Niemand folge ihr. Demgegenüber kann der „New Leader“, das Organ der ILP, bereits in seiner zweiten Nummer nach der Spaltung über eine große Anzahl von Gruppen berichten, die ihren kollektiven Anschluß vollzogen haben. Ganz besonders die Jugendorganisationen stellen zur ILP. Der „New Leader“ bemerkt weiter, daß auch eine große Anzahl von Einzelmitgliedern, die wirtschaftlich von der Arbeiterpartei abhängig sind, ihre Existenz aufs Spiel gesetzt und sich der neuen Partei angeschlossen haben. Der Optimismus der englischen Genossen gerade in dieser Hinsicht ist außerordentlich groß. Trotz der großen Wirtschaftskrise sind an freiwilligen Spenden seit der Parteigründung (bis zum Abschluß der Nummer am 12. August) bereits über 600 Pfund, das sind 12.000 Mark, eingegangen.

Von besonderem Interesse ist für uns die Stellung der ILP zur Frage der Internationale. Auf dem Parteitag der ILP in Bradford erklärte der Vorsitzende, daß die Haltung der Partei zur zweiten Internationale auf der nächsten Vorstandssitzung geklärt werden würde. Die Frage der Verbindung der ILP mit der linkssozialistischen Partei auf dem Kontinent, von denen einige der SAI nicht angehören, sei bereits gestellt worden. Der Vorstand war der Ansicht, daß die ILP mit allen Mitteln die anderen linkssozialistischen Parteien in Europa unterstützen müsse, und diese Haltung auch dann beizubehalten sei, wenn sie den Ausschluß aus der SAI mit sich brächte. Die ILP wird also, wie schon bisher, recht eng mit der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zusammenarbeiten.

Über 50 kommunistische Reichstagsanträge

Berlin, 25. August.
WTB. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat jetzt dem neuen Reichstag mehr als 50 Anträge zugeleitet. An der Spitze steht ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung von Papen. Zwei besondere Mißtrauensanträge werden vorgelegt gegen den Reichsinnenminister von Gayl und den Reichswehrminister von Schleicher. Weiter verlangt ein Antrag, daß der „mit Militärgewalt eingesetzte Reichskommissar für Preußen und die ebenso eingesetzte kommissarische preussische Regierung“ sofort zurückzuziehen seien.

Mit den Reparationslasten beschäftigt sich ein Antrag, dessen erster Absatz lautet: „Der im Einverständnis mit Hitler abgeschlossene neue Tributvertrag von Lausanne wird nicht durchgeführt.“ Die weiteren Antragsteile verlangen Einstellung aller Reparationsleistungen und Verbot der „verschleierte Reparationszahlungen in der Form des Zinsendienstes für sogenannte private Auslandsanleihen“, sowie Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde.

Ein erheblicher Teil der kommunistischen Anträge beschäftigt sich mit wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen. Dabei wird die Aufhebung sämtlicher Notverordnungen der Regierung von Papen beantragt, ferner die Beseitigung der sogenannten Massensteuern, die Aufhebung der Schlachtsteuer, Senkung der Mieten, erhebliche Besteuerung der höheren Vermögen und Offenlegung der Steuerlisten. Hilfsmaßnahmen werden beantragt für die Arbeitslosen, die Invaliden, die werktätigen Bauern, die Kriegsober usw. Ein kommunistischer Initiativgesetzentwurf will die Arbeitszeit auf sieben Stunden festsetzen und andere Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung vorschreiben. Schließlich hat die kommunistische Reichstagsfraktion einen ausführlichen Amnestieantrag eingebracht, der Amnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen verlangt.

Letzte Nachrichten

Der thüringische Landtag wählte heute mit 34 gegen 15 Stimmen die neue Regierung. Sie besteht aus drei nationalsozialistischen Ministern (Sauckel, Marschler und Wächter) und einem Staatsrat des Landbundes.

In Warschau sind heute 12.000 städtische Beamte und Angestellte in Streik getreten, weil ihnen ihre Gehälter nicht rechtzeitig ausgezahlt worden waren.

Berlin.

Der frühere Reichstagsabgeordnete des Christlich-Sozialen Volksdienstes, Dr. Reinhard Mumm, ist heute früh im Alter von 59 Jahren gestorben.

Frankreichs Proletarier gegen Luftmanöver

Wie die kommunistische „Humanité“ meldet, haben die großen Luftmanöver, die gegenwärtig in Ost-Frankreich stattfinden, in Reims zu Protestkundgebungen geführt. Zu diesen Manövern wird die Zivilbevölkerung, gegen die sich ein künftiger Krieg in erster Linie richten würde, stark mit herangezogen. Bereits im vorigen Jahre haben Teile der Arbeiterschaft diese Manöver sabotiert, indem gegen den Befehl des Präfekten an die Zivilbevölkerung, bei Alarm sofort alle Lichter zu löschen, im Gegenteil Freudenfeuer angezündet wurden. Daraufhin hatte in diesem Jahre das Elektrizitätswerk Anweisung erhalten, die ganze Stadt in Dunkel zu hüllen. Der Ausführung dieses Befehls haben sich aber, wie das französische kommunistische Blatt meldet, die Arbeiter und Angestellten des Elektrizitätswerkes widersetzt.

Unter den Eisenbahnarbeitern soll ebenfalls große Erregung herrschen; auch sie beabsichtigen, die Befehle des Generalstabs zu sabotieren. Ähnliche Kundgebungen werden auch aus den anderen Manöverstädten, wie Metz und Diedenhofen, gemeldet.

Holland sabotiert den Antikriegskongreß

Amsterdam, 25. August.
CNB. Nach einer Meldung der holländischen kommunistischen Zeitung „Tribune“ will die holländische Regierung allen ausländischen Teilnehmern des am Ende dieser Woche stattfindenden Antikriegskongresses die holländischen Visa verweigern. Die Teilnehmer des Kongresses jedoch, die auf Grund ihrer Staatsangehörigkeit kein holländisches Visum benötigen, sollen ungehindert die holländische Grenze passieren können.

Eine empörende Verhaftung

Brüssel, 25. August.
Ada Wright, die Mutter von zweien der in den Vereinigten Staaten wegen angeblichen Vergehens gegen zwei weiße Mädchen zum Tode verurteilten jungen Neger, die seit einiger Zeit durch Europa reist, um gegen die Verurteilung ihrer Söhne zu protestieren, ist hier nach Schluß einer kommunistischen

Krieg dem Kriege!

Versammlung, in der sie sprach, verhaftet worden. Bei der Festnahme ergriffen zahlreiche Personen Partei für die Negerin, doch konnte die Polizei nach kurzem Handgemenge die Demonstranten zerstreuen.

Der Sowjetdelegation die Einreise verweigert

Moskau, 25. August.
Nach einer Mitteilung der Telegraphenagentur der Sowjetunion wurde der Sowjetdelegation von der Regierung der Nieder-

lande die Einreisegenehmigung zur Teilnahme an dem in Amsterdam stattfindenden Antikriegskongreß verweigert. Als sowjetrussische Delegierte waren u. a. Gorki und Radek in Aussicht genommen. Sie haben an den Präsidenten des Antikriegskongresses, Henri Barbusse, das telegraphische Ersuchen gerichtet, die Einreisegenehmigung für sie zu erwirken.

Ermordung eines englischen Beamten in Indien. Ein britischer Beamter der Bengol-Nagpur-Eisenbahn ist in der vergangenen Nacht in seinem Bungalow ermordet worden. Zwei Diener wurden unter dem Verdacht der Tat verhaftet.

Nazis greifen Polizei an

Halle, 25. August.
WTB. Zum Einzug einer Batterie des Artillerieregimentes Nr. 4 in Halle hatten sich neben Zehntausenden von Zuschauern auch viele uniformierte Nationalsozialisten eingefunden, die wiederholt versuchten, geschlossene Züge vorder Truppe zu bilden. Als die Polizei einschritt, kam es zwischen ihr und den Nationalsozialisten zu Zusammenstoßen. Am Steintor wurden die Beamten mit Nieder-Rufen empfangen und tödlich angegriffen, so daß sie von dem Gummiknüppel Gebrauch machen mußten. Starke Polizeikräfte drängten die Menge in die Seitenstraßen ab. Eine größere Anzahl Personen wurde festgenommen.

Prozeß gegen Weiß und Heimannsberg

Berlin, 25. August.
WTB. Die Justizpressestelle teilt mit: Die Staatsanwaltschaft I Berlin hat gegen die nicht mehr im Amt befindlichen Polizeivizepräsidenten Dr. Bernhard Weiß und Polizeikommandeur Magnus Heimannsberg Anklage wegen Vergehens gegen den § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg vom 20. Juli 1932 erhoben.

Den Angeschuldigten wird zur Last gelegt, am 20. Juli dieses Jahres der im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnung des Generalleutnants von Rundstedt, des damaligen Militärbefehlshabers, sich der weiteren Amtsausübung zu enthalten, zuwidergehandelt zu haben.

Nationalsozialistischer Steinwerfer verhaftet

München, 25. August.
WTB. In der Nacht zum Donnerstag, zwischen 11 und 12 Uhr wurden Schaufenster der „Münchener Neuesten Nachrichten“ durch Steinwürfe aus Personenzugwagen zertrümmert. Der zur Tat benutzte Kraftwagen ist auf den nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Wagner eingetragen. Nach dieser Richtung wurden, wie die Polizeidirektion mitteilt, Erhebungen eingeleitet, die zur Festnahme des Referendars und Propagandaleiters des Gau's München der NSDAP Otto Nippold, führten, der sich für die Tat als verantwortlich erklärte.

Dieses Attentat auf die „Münchener Neuesten Nachrichten“ ist die unmittelbare Folge einer unerhörten Hetze, die der „Völkische Beobachter“ gegen das bürgerliche, aber nicht gerade nazifreundliche Blatt entfaltet hatte. Es ist bemerkenswert, daß in Bayern die Behörden wenigstens hinterher die notwendigen Maßnahmen ergreifen.

Wieder Tränengas im Warenhaus

Remscheid, 25. August.
WTB. In den Verkaufsräumen des Warenhauses Tiefz in Remscheid wurde gestern ein tränengasähnliches Gemisch, in Papier eingewickelt, weggeworfen. Drei Frauen, die als Täter in Frage kommen, sind der Polizei vorgeführt worden.

Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen!

Die Not und das Elend der deutschen Arbeiterschaft steigen durch Lohn- und Unterstützungsraub.

Der politische Terror der Söldnertruppen des Monopolkapitals, der Nationalsozialisten und des kapitalistischen Staatsapparates nimmt zu.

Die Massenorganisationen der Arbeiterschaft verharren in Untätigkeit.

Das alles zwingt die proletarische Jugend zu selbständiger Stellungnahme.

Noch nie seit Beendigung des Weltkrieges waren die Gefahren für die arbeitende Jugend so ernst, wie in diesem Augenblick. Es geht um ihre Zukunft, es geht um ihr Leben. Arbeitslosigkeit und Hunger, das ist es, was die kapitalistischen Ausbeuter den deutschen Arbeitern und im besonderen der proletarischen Jugend bescheren.

Die Zahl der Erwerbslosen steigt! — Eine Million junger Arbeiter befinden sich außerhalb der Betriebe.

Hunderttausende haben nie Arbeit gefunden, sind nie im Produktionsprozeß gewesen. Die Herausnahme der Jugendlichen aus der Arbeitslosenversicherung ist die weitere Verschlechterung der sozialen Lage der arbeitenden Jugend.

Die verschärften wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ergeben eine Radikalisierung der Jugend. Die Jungarbeiterschaft muß erkennen:

Die wirtschaftlichen Verhältnisse werden nur verändert, wenn die gesamte proletarische Klasse in der Aktion die kapitalistische Gesellschaftsordnung beseitigt!

Die deutsche Bourgeoisie sieht das Anwachsen der revolutionären Kräfte in der Jungarbeiterschaft. Sie versucht, alle Mittel anzuwenden, um die revolutionäre Entwicklung abzuwehren, darum ist

die Arbeitsdienstpflicht die Parole der Bourgeoisie!

Über 100 000 Jugendliche sind schon im „Freiwilligen“ Arbeitsdienst. Weitere Hunderttausende sollen durch die Arbeitsdienstpflicht zur Zwangsarbeit gezwungen werden. Zwangsarbeit bedeutet: für Bettelpfennige, unter militärischer Bewachung von Offizieren zu arbeiten.

Berlin, August 1932.

Reichsleitung und Reichsausschuß des Sozialistischen Jugendverbandes Deutschlands

XX. Verbandstag der Metallarbeiter

(Von unserem Sonderberichterstatler)

3. Verhandlungstag

Am 3. Verhandlungstag behandelt Reichel vom Hauptvorstand das Thema: „Die Neuordnung der deutschen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Eisenindustrie“. Zur Charakterisierung der Krise brachte Reichel ausgezeichnetes Zahlenmaterial. Die Menschheit, die in langer Zeit einen unermesslichen Reichtum an Produktionsmitteln entwickelt hat, ist zum Sklaven blindwirkender gesellschaftlicher Kräfte geworden. Die Technik ermöglicht theoretisch einen hohen Stand der Arbeits- und Menschenkultur, die Menschheit muß jedoch darben und hungern. Für die Krise ist nicht die Arbeiterschaft verantwortlich, wie Herr Thiesen vor den Hörern der Columbia-Universität behauptet hat, sondern das kapitalistische System.

Durch Wirtschaftskrisen kann die Krise nicht behoben werden. Die Entwicklung läßt sich nicht auf das Zeitalter der Postkarte zurückschrauben. Die neuen Wirtschaftsformen durch die die Krise überwunden werden muß, drängen sich zwangsläufig aus dem morschen, zum Abbau reif gewordenen Kapitalismus hervor. Die Zeit ist gekommen, wo wir aus theoretischen Erwägungen zum praktischen Umbau der Wirtschaft kommen müssen. Der Staat tritt immer mehr an die Stelle der privaten Unternehmung, selbst die Papen-Regierung müsse erklären, daß alle aus der privatrechtlichen Lage der Industrie sich ergebenden Hemmnisse beseitigt werden müßten (!). Schleicher habe in seiner Rundfunkrede betont, daß er die Wehrmacht nicht zur Verteidigung überlebter Wirtschaftsformen einzusetzen beabsichtige. Die Konsequenzen dieser Auffassung besteht darin, daß die Herren zur Sozialdemokratie übertreten müßten. (Dieses Maß von Nalivität kann nicht überboten werden. Die Red.)

Ein Zurück zum Kapitalismus der Vorkriegszeit gibt es nicht. Die kapitalistische Wirtschaft muß umgebaut werden zu einer Gemeinwirtschaft, die unter der Kontrolle des Staates steht. Der Umbau zur Gemeinwirtschaft kann nur Zug um Zug, Schritt für Schritt (!) erreicht werden, wenn die allgemeine Wirtschaftskatastrophe verhindert werden soll.

Reichel kam über Allgemeinplätze, wie sie auf den verschiedenen Verbandskongressen jetzt schon seit Jahren produziert werden, nicht hinaus. Es war auch kein besonders erhebendes Zeichen für den gesamten Verbandstag, daß nur ein einziger Diskussionsredner sich zum Wort gemeldet hatte.

Hausen (Stuttgart) unterzog die reformistische Krisentheorie einer wirkungsvollen Kritik. Obwohl keine weiteren Wortmeldungen erfolgt waren, ließ man auch diesen Redner nur 10 Minuten sprechen. Eine von Hausen verlesene Resolution fand nicht die notwendige Unterstützung der Delegierten.

Finanz- und Unterstützungsfragen

Schott, Kassierer vom Vorstand, gibt Bericht über die Finanzlage des Verbandes.

Die Gesamtausgaben der Hauptkasse belaufen sich auf 34 Millionen RM., bei 10 Mill. Mark Mehrausgaben als Einnahmen. Das sind die Auswirkungen der Erwerbslosigkeit. Aber der Vorstand ist der Meinung, daß trotzdem nicht die Erwerbslosenunterstützung gekürzt werden dürfe, wie es in verschiedenen Anträgen zum Ausdruck kommt. Es hätte sich aber eine Heraussetzung der Karenzzeit von 72 auf 92 Wochen als unvermeidlich erwiesen, ebenso müsse eine Kürzung in der Reise- und Unterstützungsunterstützung vorgenommen werden. Während die christlichen Gewerkschaften schon längst die Erwerbslosenunterstützung ganz aufgehoben haben, und nach den Angaben des ADGB die Unterstützung in den anderen Verbänden pro Kopf nur 24,87 RM. betrage, leiste der DMV noch eine Unterstützung von 35,02 RM. Im Reichsdurchschnitt. Ebenso stehe der DMV in der Streikunterstützung an der Spitze mit 2,80 RM. pro Mitglied, gegenüber 2,40 RM. bei den anderen Verbänden. Verwaltungskosten der Hauptkasse sind pro Mitglied 0,74 RM. und sächliche Ausgaben 0,19 RM. im Rechnungsjahr entstanden; auch diese Beträge lägen um ein Vielfaches unter denen der anderen Gewerkschaften.

Zu Beginn der Beratungen über die Finanzberichte und vorgelegten Anträge ereignete sich ein Zwischenfall. Hausen, KPO, führt

Beschwerde über rigoroses Vorgehen der Lokalkommission,

die, trotzdem der Opposition bei Nichtzulassung der Entschließer der Opposition zum Geschäftsbericht des Vorstandes am Vortage die Verbreitung dieser Entschließer durch den Vorstand zugebilligt worden war, heute die Verteilung der vervielfältigten Entschließer verbietet, und dem Verteiler angedroht worden ist, daß er oder die Treppe herunterfliege. (Wir werden diese Resolution in einer der nächsten Nummern der SAZ auszugswise veröffentlichen. D. Red.) Hausen behandelt weiter die einseitige Behandlung der Inhaber von Gästekarten. Es sei vorgekommen, daß Gäste von über 10 jähriger Mitgliedschaft im Verbande aus dem Saal verwiesen worden seien. Der Vorstand bestreitet, daß er die Zubilligung zur Verteilung der genannten Entschließer gegeben habe, und sagt, wenn wir uns die Leute ansehen, die uns nicht bekannt sind, so tun wir das, weil wir den Verbandstag nicht zum Tummeplatz der politischen Gegner machen wollen. Eine weitere Meldung des Delegierten König zur Geschäftsordnung wird abgewiesen.

Die Diskussion zur Beitrags- und Unterstützungsfrage

weist eine ziemliche Einheitlichkeit in der Auffassung auf, daß die Beiträge entsprechend den abgebauten Löhnen heruntergesetzt werden müssen. Es wird des öfteren von den Rednern auf die Stimmung der Mitglieder in den Betrieben verwiesen, die vom Verbandstag eine Senkung der Beiträge erwarten. Der

„Arbeitsdienstpflicht bedeutet Wehrhaftmachung des deutschen Volkes!“ „Arbeitsdienstpflicht ist die Vorstufe zur allgemeinen Wehrpflicht!“ sagte der General der kapitalistischen Republik, Herr v. Schleicher.

Das läßt keinen Zweifel zu, daß wiederum Millionen von Proletariern für einen neuen Krieg den kapitalistischen Profitinteressen geopfert werden sollen.

Für die Verklawung der gesamten arbeitenden Jugend und Kriegsvorbereitung marschieren in geschlossener Einheitsfront der Stahlhelm Jungdo, Wehrwolf, die Hitlerjugend und SA.

Wir sehen die Konzentration der konterrevolutionären Kräfte. Die besitzende Klasse hat in Deutschland alles mobilisiert, um die letzten sozialen Errungenschaften und um die proletarischen Organisationen zu zertrümmern.

Was ist zu tun?

Es gilt, die Arbeiter zu sammeln!

Der SJV ist die einzige Organisation, die in voller Selbständigkeit die Kräfte des Jungproletariats zur Entfaltung bringt

Der Anschluß und die Mitarbeit im SJV schaffen die Voraussetzungen, daß der Kampf für die Bildung der roten Einheitsfront zur Aufgabe der gesamten Jungarbeiterschaft wird.

Noch ist es nicht zu spät!

Alle jungen Klassengenossen müssen erkennen: Es ist an der Zeit, den Kampf gegen Reaktion und Faschismus zu organisieren.

Der Kampf kann nur erfolgreich geführt werden: wenn die Bildung der roten Einheitsfront gelingt.

Fordert daher von den Organisationsführungen der SPD, der freien Gewerkschaften und der KPD den

Kampfblock aller Arbeiterorganisationen

Erkennt, die jungen der Arbeiterklasse sind verantwortlich für die Zukunft des proletarischen Klassenkampfes.

Gelingt es, die jungen revolutionären Kräfte zu sammeln, so sichern wir den Sieg der proletarischen Revolution!

zugsunterstützung sollen die übrigen Unterstützungsarten in bisheriger Form bleiben. Der Verbandstag gibt mit übergroßer Mehrheit seine Zustimmung. Damit sind ebenfalls alle übrigen Anträge erledigt.

Abgelehnt wurde auch die seit zwölf Jahren immer wieder beantragte Verhältniswahl im DMV.

Bei allen Abstimmungen zeigte sich immer wieder, daß die Delegierten zum großen Teile oft anderer Meinung sind, als die Mitgliedschaft des Verbandes, die durch ihre Anträge im Gegensatz stehen zu den Anträgen der Statutenkommission. Die Tatsache, daß von den 15 Mitgliedern der Statutenkommission nur 1 Mitglied Nicht-Verbandsangehöriger ist, weist die Tatsache, daß von den 283 Delegierten allein 98, also 1/3, Verbandsangehörige sind, beweist den überwältigenden Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie.

Anleihe-Konvertierung auch in Frankreich?

Paris, 25. August.

WTB. In der heutigen Morgenpresse finden sich allerlei Mutmaßungen über eine Besprechung, die gestern zwischen Finanzminister Germain Martin und Budgetminister Palmade stattfand und zu der auch leitende Persönlichkeiten der beiden Ministerien hinzugezogen waren. „Excelsior“ will aus der Tatsache dieser Besprechung kombinieren können, daß der Erfolg der englischen Konvertierungsoperationen (Zinsherabsetzung im Einverständnis der Anteilhaber) die französische Regierung veranlaßt habe, eine ähnliche Operation zur Entlastung des französischen Schatzamtes in die Wege zu leiten und meint, die gestrige Finanzbesprechung habe diesem Zweck gegolten.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau; Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau, Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telefon 206 02.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telefon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gebart, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Sächsische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.

Berlin

Rose-Theater

Gröbe Frankfurter Str. 132
Telefon: E7 3422

Sonnabend, 27. August
8.30 Uhr

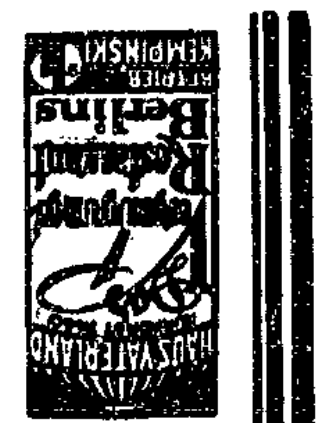
Herzdamen

Gartenblüme

Sonnabend, 27. August
5.30 Uhr

Konzert und Varieté

8.15 Uhr
Frühlingssult



Immer neue Justizskandale

Der Ausschluß des kommunistischen Verteidigers im Felsenbeck-Prozeß

Wir berichteten bereits, daß in der vergangenen Woche der Vorsitzende im Berliner Felsenbeck-Prozeß (in dem bekanntlich Nationalsozialisten und Kommunisten wegen eines Zusammenstoßes, der sich als Folge eines nationalsozialistischen Überfalles entwickelte, auf der Anklagebank sitzen) den Verteidiger der Kommunisten, Rechtsanwalt Dr. Litten, vom weiteren Gang der Verhandlung ausgeschlossen habe. Das Gericht hatte sich nach diesem Beschluß auf 10 Tage vertagt — angeblich, um die Rechtslage zu prüfen.

Diese Prüfung scheint etwas merkwürdig ausgefallen zu sein. Denn als gestern der Prozeß wieder aufgenommen wurde, wurde dem kommunistischen Verteidiger das Betreten des Saales und des des Zuhörerraumes verboten, so daß er unverrichteter Dinge umkehren mußte. Das Gericht übertrug dann die Vertretung der kommunistischen Angeklagten zwei Offizialverteidigern, und daraufhin wurde der Prozeß wieder bis zum 30. August vertagt, damit diese Anwälte Gelegenheit haben, sich in die sehr komplizierte Materie einzuarbeiten.

Das Vorgehen des Gerichtes ist ein Willkürakt, der die Interessen der angeklagten Arbeiter aufs schwerste schädigen muß. So etwas hat es bisher selbst in der Geschichte der deutschen Klassenjustiz nicht gegeben. Der einzige Vorwurf, er gegen Dr. Litten, erhoben wird, ist die Behauptung des Vorsitzenden, der Verteidiger stelle zu viele Fragen und sabotiere dadurch den Ablauf des Prozesses! Eine solche durch nichts bewiesene Behauptung genügt, um einen angesehenen Anwalt an der Ausübung seiner Berufspflichten gewaltsam zu hindern. In einem Balkanstaat könnte es nicht schlimmer zugehen.

Sämtliche an dem Prozeß beteiligten Verteidiger, auch die der angeklagten Nationalsozialisten, wenden sich in einer scharfen Erklärung gegen die Ausweisung des Rechtsanwaltes Litten. Ebenso haben zahlreiche führende Juristen gegen diese unerhörte Maßnahme protestiert. Aber um das alles brauchen sich deutsche Richter natürlich nicht zu kümmern.

„Rote Fahne“ verboten

WTB. Berlin, 25. August.
Die „Rote Fahne“ ist vom 26. August bis 2. September 1932 einschließlich verboten.

Das Verbot ist auf einen Artikel zurückzuführen, in dem außergewöhnlich scharfe Angriffe gegen das gestern von dem Berliner Sondergericht gefällte Urteil erhoben werden.

Nachdem gestern die Meldung vom Verbot des nationalsozialistischen „Angriff“ vorlag, war — nach langbewährter Methode — „zum Ausgleich“ ein Verbot des kommunistischen Zentralorgans zu erwarten. Die Begründung des Verbots mit der (durchaus berechtigten) scharfen Kritik der „Roten Fahne“ an dem unerhörten Zuchthausurteil des Berliner Sondergerichts verhält die wahren Gründe und Absichten der Maßnahme.

Weitere Presseverbote

Das Reichsorgan der kommunistischen Erwerbslosen, „Der Arbeitslose“, wurde bis zum 31. Oktober in den Bezirken Berlin-Brandenburg, Halle, Ostpreußen, Mecklenburg, Magdeburg und Danzig verboten. Unter Androhung eines weiteren Verbots wurde die Veröffentlichung der Verbotsbegründung untersagt.

Die Zeitschrift „Rote Gewerkschaftsinternationale“, wurde auf Grund der Verordnung gegen politische Ausschreitungen sogar bis zum 19. November verboten, ebenfalls mit dem Zusatz, daß die Verbotsbegründung nicht veröffentlicht werden darf.

Der Berliner Polizeipräsident Dr. Melcher hat die monatlich erscheinende Funktionärzeitschrift „Der I.A.H. Funktionär“ auf Grund des § 6 Abs. 1 Ziffer 2 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juli 1932 auf die Dauer von 3 Monaten bis zum November 1932 verboten. Am Schlusse der Verbotsbegründung heißt es:

„Eine Veröffentlichung der Verbotsgründe würde zu einem erneuten Verbot der Zeitschrift führen.“

Der Oberpräsident hat den hier erscheinenden sozialdemokratischen „Volksboten“ auf die Dauer von fünf Tagen verboten. Anlaß hierzu gab ein Artikel zur Verfassungsfeier, in dem eine Verächtlichmachung der Reichsregierung erblickt wird.

Ein Freispruch

Berlin, 25. August.
CNB. Am zweiten Verhandlungstage stand heute vor dem Berliner Sondergericht der Bäckergeselle Boleslaus Pawlicki, der wegen schweren Landfriedensbruchs angeklagt war. Er hat am Abend des 16. August an einer Zusammenrottung vor einem nationalsozialistischen Verkehrslokal teilgenommen und soll die Scheibe des Lokals zertrümmert haben. Der Staatsanwalt beantragte wegen einfachen Landfriedensbruchs auf Grund der Notverordnung gegen politischen Terror eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren.

Das Sondergericht sprach den Angeklagten frei. In der Begründung wurde u. a. ausgeführt, daß zwar ein Überfall auf das nationalsozialistische Verkehrslokal planmäßig vorbereitet gewesen sei; es bestehe aber die Möglichkeit, daß der Angeklagte durch Zufall dahin geraten sei, ohne daß er das Bewußtsein hatte, die Menge wolle Gewalttätigkeiten begehen.

Dieser Freispruch erfolgte durch dasselbe Gericht, das an seinem ersten Verhandlungstage den sojährigen Paul Schmidtke zu der furchtbaren Strafe von zehn Jahren Zuchthaus verurteilt hatte. Durch diese neue Entscheidung wird das Urteil gegen Schmidtke, das wir bereits gestern aufs schärfste kritisiert haben, nur noch unhaltbarer. Es muß, wir wiederholen es, alles getan werden, um dieses Schreckensurteil so rasch wie möglich zur Aufhebung zu bringen!

„Ohne jede politischen Hintergründe“

WTB. Gleiwitz, 25. August.
Das Gleiwitzer Sondergericht verurteilte nach dreitägiger Verhandlung den 42-jährigen Monteur Emil Lachetta wegen schweren Landfriedensbruchs und schweren Aufruhrs zu zwei Jahren Zuchthaus, den 20-jährigen Tischlergesellen Reinhold Bahlorz und den Arbeiter Schwan wegen schweren Aufruhrs und Landfriedensbruchs zu je einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, die Angeklagten Nogatzik, Kirschniok, Hoffmann und Przybylla wegen Aufruhrs in Tateinheit mit Landfriedensbruch zu je einem Jahr Gefängnis, Sataki wegen Landfriedensbruchs zu vier Monaten Gefängnis. Die Angeklagten Kapitza, Lischka, Muschlo, Kalenba und Pawliewski wurden freigesprochen. Die Untersuchungshaft wird in voller Höhe angerechnet.

Dem Prozeß lagen Zwischenfälle zu Grunde, die sich in der Nacht vom 19. zum 20. April d. J. in Hindenburg-Zaborze abgespielt hatten und bei denen Polizeibeamte von den Angeklagten mit Pflastersteinen und Schusswaffen angegriffen worden waren. In der Urteilsbegründung betonte der Vorsitzende ausdrücklich, daß es sich hier um Vorgänge ohne jede politischen Hintergründe gehandelt habe.

„Imprekor“ zitiert in ihrer Nummer 64 einen Ausspruch von Brookway: „Die I.P. nimmt das Ziel der Arbeiterpartei, den Sozialismus, und im allgemeinen deren Programm an. Es gibt vereinzelte Fragen jenes Programms, in denen wir anderer Auffassung sind. In den größeren Fragen aber nehmen wir es an.“ Daraus leitet die Imprekor den Schluß ab, daß auch die I.P. nur eine linke Fühlerin der Arbeiterpartei sei, mit dem Ziel, möglichst bald wieder in sie zurückzukehren. Dabei unterschätzt sie aber die Stärke, die unmittelbar auf den von ihr zitierten folgt:

„Der Unterschied zwischen beiden Organisationen bezieht sich nicht auf die Grundsätze, sondern auf die Taktik und Politik. In einem Wort: die I.P. betrachtet den Sozialismus nicht als fernes Ziel, sondern als durch eine Reihe von Reformen zu erreichendes Ziel, sondern als eine unmittelbare Notwendigkeit, die zu realisieren ist, sobald die Macht erobert ist.“

Die Arbeiterpartei ebenso wie die Presse der bürgerlichen Parteien sagen die neugegründete Partei bereits tot. Niemand folge ihr. Demgegenüber kann der „New Leader“, das Organ der I.P., bereits in seiner zweiten Nummer nach der Spaltung über eine große Anzahl von Gruppen berichten, die ihren kollektiven Anschluß vollzogen haben. Ganz besonders die Jugendorganisationen stehen zur I.P. Der „New Leader“ berichtet weiter, daß auch eine große Anzahl von Einzelmitgliedern, die wirtschaftlich von der Arbeiterpartei abhängig sind, ihre Existenz aufs Spiel gesetzt und sich der neuen Partei angeschlossen haben. Der Oplermut der englischen Genossen gerade in dieser Hinsicht ist außerordentlich groß. Trotz der großen Wirtschaftsnot sind an freiwilligen Spenden seit der Parteigründung (bis zum Abschluß der Nummer am 12. August) bereits über 600 Pfund, das sind 12.000 Mark, eingegangen.

Von besonderem Interesse ist für uns die Stellung der I.P. zur Frage der Internationale. Auf dem Parteitag der I.P. in Bradford erklärte der Vorsitzende, daß die Haltung der Partei zur zweiten Internationale auf der nächsten Vorstandssitzung geklärt werden würde. Die Frage der Verbindung der I.P. mit der linkssozialistischen Partei auf dem Kontinent, von denen einige der SAI nicht angehören, sei bereits gestellt worden. Der Vorstand war der Ansicht, daß die I.P. mit allen Mitteln die anderen linkssozialistischen Parteien in Europa unterstützen müsse, und diese Haltung auch dann beizubehalten sei, wenn sie den Ausschluß aus der SAI mit sich brächte. Die I.P. wird also, wie schon bisher, recht eng mit der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zusammenarbeiten.

Über 50 kommunistische Reichstagsanträge

Berlin, 25. August.
WTB. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat jetzt dem neuen Reichstag mehr als 50 Anträge zugeleitet. An der Spitze steht ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung von Papen. Zwei besondere Mißtrauensanträge werden vorgelegt gegen den Reichsinnenminister von Gayl und den Reichswehrminister von Schleicher. Weiter verlangt ein Antrag, daß der „mit Militärgewalt eingesetzte Reichskommissar für Preußen und die ebenso eingesetzte kommissarische preussische Regierung“ sofort zurückzuziehen seien.

Mit den Reparationslasten beschäftigt sich ein Antrag, dessen erster Absatz lautet: „Der im Einverständnis mit Hitler abgeschlossene neue Tributvertrag von Lausanne wird nicht durchgeführt.“ Die weiteren Antragsteile verlangen Einstellung aller Reparationsleistungen und Verbot der „verschleierten Reparationszahlungen in der Form des Zinsendienstes für sogenannte private Auslandsanleihen“, sowie Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde.

Ein erheblicher Teil der kommunistischen Anträge beschäftigt sich mit wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen. Dabei wird die Aufhebung sämtlicher Notverordnungen der Regierung von Papen beantragt, ferner die Beseitigung der sogenannten Massensteuern, die Aufhebung der Schlachtsteuer, Senkung der Mieten, erhebliche Besteuerung der höheren Vermögen und Offenlegung der Steuerlisten. Hilfsmaßnahmen werden beantragt für die Arbeitslosen, die Invaliden, die werktätigen Bauern, die Kriegsober usw. Ein kommunistischer Initiativgesetzentwurf will die Arbeitszeit auf sieben Stunden festsetzen und andere Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung vorschreiben. Schließlich hat die kommunistische Reichstagsfraktion einen ausführlichen Amnestieantrag eingebracht, der Amnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen verlangt.

Letzte Nachrichten

Der thüringische Landtag wählte heute mit 34 gegen 15 Stimmen die neue Regierung. Sie besteht aus drei nationalsozialistischen Ministern (Sauckel, Marschler und Wächter) und einem Staatsrat des Landbundes.

In Warschau sind heute 12.000 städtische Beamte und Angestellte in Streik getreten, weil ihnen ihre Gehälter nicht rechtzeitig ausgezahlt worden waren.

Berlin.
Der frühere Reichstagsabgeordnete des Christlich-Sozialen Volksdienstes, Dr. Reinhard Mumm, ist heute früh im Alter von 59 Jahren gestorben.

Krieg dem Kriege!

Frankreichs Proletarier gegen Luftmanöver

Wie die kommunistische „Humanité“ meldet, haben die großen Luftmanöver, die gegenwärtig in Ost-Frankreich stattfinden, in Reims zu Protestkundgebungen geführt. Zu diesen Manövern wird die Zivilbevölkerung, gegen die sich ja ein künftiger Krieg in erster Linie richten würde, stark mit herangezogen. Bereits im vorigen Jahre haben Teile der Arbeiterschaft diese Manöver sabotiert, indem gegen den Befehl des Präfekten an die Zivilbevölkerung, bei Alarm sofort alle Lichter zu löschen, im Gegenteil Freudenfeuer angezündet wurden. Daraufhin hatte in diesem Jahre das Elektrizitätswerk Anweisung erhalten, die ganze Stadt in Dunkel zu hüllen. Der Ausführung dieses Befehls haben sich aber, wie das französische kommunistische Blatt meldet, die Arbeiter und Angestellten des Elektrizitätswerkes widersetzt.

Unter den Eisenbahnarbeitern soll ebenfalls große Erregung herrschen; auch sie beabsichtigen, die Befehle des Generalstabs zu sabotieren. Ähnliche Kundgebungen werden auch aus den anderen Manöverstädten, wie Metz und Diedenhofen, gemeldet.

Holland sabotiert den Antikriegskongreß

Amsterdam, 25. August.
CNB. Nach einer Meldung der holländischen kommunistischen Zeitung „Tribune“ will die holländische Regierung allen ausländischen Teilnehmern des am Ende dieser Woche stattfindenden Antikriegskongresses die holländischen Visa verweigern. Die Teilnehmer des Kongresses jedoch, die auf Grund ihrer Staatsangehörigkeit kein holländisches Visum benötigen, sollen ungehindert die holländische Grenze passieren können.

Eine empörende Verhaftung

Brüssel, 25. August.
Ada Wright, die Mutter von zweien der in den Vereinigten Staaten wegen angeblichen Vergehens gegen zwei weiße Mädchen zum Tode verurteilten jungen Neger, die seit einiger Zeit durch Europa reist, um gegen die Verurteilung ihrer Söhne zu protestieren, ist hier nach Schluß einer kommunistischen

Versammlung, in der sie sprach, verhaftet worden. Bei der Festnahme ergriffen zahlreiche Personen Partei für die Negerin, doch konnte die Polizei nach kurzem Handgemenge die Demonstranten zerstreuen.

Der Sowjetdelegation die Einreise verweigert

Moskau, 25. August.
Nach einer Mitteilung der Telegraphenagentur der Sowjetunion wurde der Sowjetdelegation von der Regierung der Nieder-

lande die Einreiseerlaubnis für die Teilnahme an dem in Amsterdam stattfindenden Antikriegskongreß verweigert. Als sowjetrussische Delegierte waren u. a. Gorki und Radek in Aussicht genommen. Sie haben an den Präsidenten des Antikriegskongresses, Henri Barbusse, das telegraphische Ersuchen gerichtet, die Einreiseerlaubnis für sie zu erwirken.

Ermordung eines englischen Beamten in Indien. Ein britischer Beamter der Bengal-Nagpur-Eisenbahn ist in der vergangenen Nacht in seinem Bungalow ermordet worden. Zwei Diener wurden unter dem Verdacht der Tat verhaftet.

Nazis greifen Polizei an

Halle, 25. August.
WTB. Zum Einzug einer Batterie des Artillerieregimentes Nr. 4 in Halle hatten sich neben Zehntausenden von Zuschauern auch viele uniformierte Nationalsozialisten eingefunden, die wiederholt versuchten, geschlossene Züge vor der Truppe zu bilden. Als die Polizei einschritt, kam es zwischen ihr und den Nationalsozialisten zu Zusammenstößen. Am Steintor wurden die Beamten mit Nieder-Rufen empfangen und tödlich angegriffen, so daß sie von dem Gummiknüppelgebrauch machen mußten. Starke Polizeikräfte drängten die Menge in die Seitenstraßen ab. Eine größere Anzahl Personen wurde festgenommen.

Prozeß gegen Weiß und Heimannsberg

Berlin, 25. August.
WTB. Die Justizpressestelle teilt mit: Die Staatsanwaltschaft I Berlin hat gegen die nicht mehr im Amt befindlichen Polizeivizepräsidenten Dr. Bernhard Weiß und Polizeikommandeur Magnus Heimannsberg Anklage wegen Vergehens gegen den § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg vom 20. Juli 1932 erhoben.

Den Angeschuldigten wird zur Last gelegt, am 20. Juli dieses Jahres der im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnung des Generalleutnants von Rundstedt, des damaligen Militärbefehlshabers, sich der weiteren Amtsausübung zu enthalten, zuwidergehandelt zu haben.

Nationalsozialistischer Steinwerfer verhaftet

München, 25. August.
WTB. In der Nacht zum Donnerstag, zwischen 11 und 12 Uhr wurden Schaufenster der „Münchener Neuesten Nachrichten“ durch Steinwürfe aus Personewagen zertrümmert. Der zur Tat benutzte Kraftwagen ist auf den nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Wagner eingetragen. Nach dieser Richtung wurden, wie die Polizeidirektion mitteilt, Erhebungen eingeleitet, die zur Festnahme des Referendars und Propagandaleiters des Gaues München der NSDAP Otto Nippold, führten, der sich für die Tat als verantwortlich erklärte.

Dieses Attentat auf die „Münchener Neuesten Nachrichten“ ist die unmittelbare Folge einer unerhörten Hetze, die der „Völkische Beobachter“ gegen das bürgerliche, aber nicht gerade nazifreundliche Blatt entfaltet hatte. Es ist bemerkenswert, daß in Bayern die Behörden wenigstens hinterher die notwendigen Maßnahmen ergreifen.

Wieder Tränengas im Warenhaus

Remscheid, 25. August.
WTB. In den Verkaufsräumen des Warenhauses Tietz in Remscheid wurde gestern ein Tränengasähnliches Gemisch, in Papier eingewickelt, geworfen. Drei Frauen, die als Täter in Frage kommen, sind der Polizei vorgeführt worden.

Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen!

Die Not und das Elend der deutschen Arbeiterschaft steigen durch Lohn- und Unterstützungsraub.

Der politische Terror der Söldnertruppen des Monopolkapitals, der Nationalsozialisten und des kapitalistischen Staatsapparates nimmt zu.

Die Massenorganisationen der Arbeiterschaft verharren in Untätigkeit.

Das alles zwingt die proletarische Jugend zu selbständiger Stellungnahme.

Noch nie seit Beendigung des Weltkrieges waren die Gefahren für die arbeitende Jugend so ernst, wie in diesem Augenblick. Es geht um ihre Zukunft, es geht um ihr Leben. Arbeitslosigkeit und Hunger, das ist es, was die kapitalistischen Ausbeuter den deutschen Arbeitern und im besonderen der proletarischen Jugend bescheren.

Die Zahl der Erwerbslosen steigt! — Eine Million junger Arbeiter befinden sich außerhalb der Betriebe.

Hunderttausende haben nie Arbeit gefunden, sind nie im Produktionsprozess gewesen. Die Herausnahme der Jugendlichen aus der Arbeitslosenversicherung ist die weitere Verschlechterung der sozialen Lage der arbeitenden Jugend.

Die verschärften wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ergeben eine Radikalisierung der Jugend. Die Jungarbeiterschaft muß erkennen:

Die wirtschaftlichen Verhältnisse werden nur verändert, wenn die gesamte proletarische Klasse in der Aktion die kapitalistische Gesellschaftsordnung beseitigt!

Die deutsche Bourgeoisie sieht das Anwachsen der revolutionären Kräfte in der Jungarbeiterschaft. Sie versucht, alle Mittel anzuwenden, um die revolutionäre Entwicklung abzuwehren, darum ist

die Arbeitsdienstpflicht die Parole der Bourgeoisie!

Über 100 000 Jugendliche sind schon im „Freiwilligen“ Arbeitsdienst. Weitere Hunderttausende sollen durch die Arbeitsdienstpflicht zur Zwangsarbeit gezwungen werden. Zwangsarbeit bedeutet: für Bettelpennige, unter militärischer Bewachung von Offizieren zu arbeiten.

Berlin, August 1932.

Reichsleitung und Reichsausschuß des Sozialistischen Jugendverbandes Deutschlands

XX. Verbandstag der Metallarbeiter

(Von unserem Sonderberichterstatler)

3. Verhandlungstag

Am 3. Verhandlungstag behandelt Reichel vom Hauptvorstand das Thema: „Die Neuordnung der deutschen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Eisenindustrie“. Zur Charakterisierung der Krise brachte Reichel ausgezeichnetes Zahlenmaterial. Die Menschheit, die in langer Zeit einen unermeßlichen Reichtum an Produktionsmitteln entwickelt hat, ist zum Sklaven blindwirkender gesellschaftlicher Kräfte geworden. Die Technik ermöglicht theoretisch einen hohen Stand der Arbeits- und Menschenkultur, die Menschheit muß jedoch darben und hungern. Für die Krise ist nicht die Arbeiterschaft verantwortlich, wie Herr Thiessen vor den Hörern der Columbia-Universität behauptet hat, sondern das kapitalistische System.

Durch Wirtschaftsakutarkie kann die Krise nicht behoben werden. Die Entwicklung läßt sich nicht auf das Zeitalter der Postkutsche zurückschrauben. Die neuen Wirtschaftsformen durch die die Krise überwunden werden muß, drängen sich zwangsläufig aus dem morschen, zum Abbau reif gewordenen Kapitalismus hervor. Die Zeit ist gekommen, wo wir aus theoretischen Erwägungen zum praktischen Umbau der Wirtschaft kommen müssen. Der Staat tritt immer mehr an die Stelle der privaten Unternehmung, selbst die Papen-Regierung müsse erklären, daß alle aus der privatrechtlichen Lage der Industrie sich ergebenden Hemmungen beseitigt werden müßten (!). Schleicher habe in seiner Rundfunkrede betont, daß er die Wehrmacht nicht zur Verteidigung überlebter Wirtschaftsformen einzusetzen beabsichtige. Die Konsequenzen dieser Auffassung besteht darin, daß die Herren zur Sozialdemokratie übertreten müßten. (Dieses Maß von Naivität kann nicht überboten werden. Die Red.)

Ein Zurück zum Kapitalismus der Vorkriegszeit gibt es nicht. Die kapitalistische Wirtschaft muß umgebaut werden zu einer Gemeinwirtschaft, die unter der Kontrolle des Staates steht. Der Umbau zur Gemeinwirtschaft kann nur Zug um Zug, Schritt für Schritt (!) erreicht werden, wenn die allgemeine Wirtschaftskatastrophe verhindert werden soll.

Reichel kam über Allgemeinplätze, wie sie auf den verschiedenen Verbandskongressen jetzt schon seit Jahren produziert werden, nicht hinaus. Es war auch kein besonders erhebendes Zeichen für den gesamten Verbandstag, daß nur ein einziger Diskussionsredner sich zum Wort gemeldet hatte.

Hausen (Stuttgart) unterzog die reformistische Krisentheorie einer wirkungsvollen Kritik. Obwohl keine weiteren Wortmeldungen eingegangen waren, ließ man auch diesen Redner nur 10 Minuten sprechen. Eine von Hausen verlesene Resolution fand nicht die notwendige Unterstützung der Delegierten.

Finanz- und Unterstützungsfragen

Schott, Kassierer vom Vorstand, gibt Bericht über die Finanzlage des Verbandes.

Die Gesamtausgaben der Hauptkasse belaufen sich auf 34 Millionen RM., bei 10 Mill. Mark Mehrausgaben als Einnahmen. Das sind die Auswirkungen der Erwerbslosigkeit. Aber der Vorstand ist der Meinung, daß trotzdem nicht die Erwerbslosenunterstützung gekürzt werden dürfe, wie es in verschiedenen Anträgen zum Ausdruck kommt. Es hätte sich aber eine Heraussetzung der Karenzzeit von 72 auf 92 Wochen als unvermeidlich erwiesen, ebenso müsse eine Kürzung in der Reise- und Umzugskostenunterstützung vorgenommen werden. Während die christlichen Gewerkschaften schon längst die Erwerbslosenunterstützung ganz aufgehoben haben, und nach den Angaben des ADGB die Unterstützung in den anderen Verbänden pro Kopf nur 24,87 RM. betrage, leistete der DMV noch eine Unterstützung von 35,02 RM. im Reichsdurchschnitt. Ebenso stehe der DMV in der Streikunterstützung an der Spitze mit 2,80 RM. pro Mitglied, gegenüber 2,40 RM. bei den anderen Verbänden. Verwaltungskosten der Hauptkasse sind pro Mitglied 0,74 RM. und sächliche Ausgaben 0,19 RM. im Rechnungsjahr entstanden; auch diese Beträge lägen um ein Vielfaches unter denen der anderen Gewerkschaften.

Zu Beginn der Beratungen über die Finanzberichte und vorgelegten Anträge ereignete sich ein Zwischenfall. Hausen, KPO, führt

Beschwerde über rigoroses Vorgehen der Lokalkommission,

die, trotzdem der Opposition bei Nichtzulassung der Entschließung der Opposition zum Geschäftsbericht des Vorstandes am Vortage die Verbreitung dieser Entschließung durch den Vorstand zugebilligt worden war, heute die Verteilung der vervielfältigten Entschließungen verbietet, und dem Verteiler angedroht worden ist, daß er eher die Treppe herunterfliege. (Wir werden diese Resolution in einer der nächsten Nummern der SAZ auszugsweise veröffentlichen. D. Red.) Hausen behandelt weiter die einseitige Behandlung der Inhaber von Gästekarten. Es sei vorgekommen, daß Gäste von über 10 jähriger Mitgliedschaft im Verbandsaus dem Saal verwiesen worden seien. Der Vorstand bestreitet, daß er die Zubilligung zur Verteilung der genannten Entschließung gegeben habe, und sagt, wenn wir uns die Leute ansehen, die uns nicht bekannt sind, so tun wir das, weil wir den Verbandstag nicht zum Tummelplatz der politischen Gegner machen wollen. Eine weitere Meldung des Delegierten König zur Geschäftsordnung wird abgewiesen.

Die Diskussion zur Beitrags- und Unterstützungsfrage

weist eine ziemliche Einheitlichkeit in der Auffassung auf, daß die Beiträge entsprechend den abgebauten Löhnen heruntergesetzt werden müssen. Es wird des öfteren von den Rednern auf die Stimmung der Mitglieder in den Betrieben verwiesen, die vom Verbandstag eine Senkung der Beiträge erwarten. Der

„Arbeitsdienstpflicht bedeutet Wehrhaftmachung des deutschen Volkes!“ „Arbeitsdienstpflicht ist die Vorstufe zur allgemeinen Wehrpflicht,“ sagte der General der kapitalistischen Republik, Herr v. Schleicher.

Das läßt keinen Zweifel zu, daß wiederum Millionen von Proletariern für einen neuen Krieg den kapitalistischen Profitinteressen geopfert werden sollen.

Für die Verklebung der gesamten arbeitenden Jugend und Kriegsvorbereitung marschieren in geschlossener Einheitsfront der Stahlhelm, Jungdo, Wehrwolf, die Hitlerjugend und SA.

Wir sehen die Konzentration der konterrevolutionären Kräfte. Die besitzende Klasse hat in Deutschland alles mobilisiert, um die letzten sozialen Errungenschaften und um die proletarischen Organisationen zu zertrümmern.

Was ist zu tun?

Es gilt, die Arbeiter zu sammeln!

Der SJV ist die einzige Organisation, die in voller Selbständigkeit die Kräfte des Jungproletariats zur Entfaltung bringt

Der Anschluß und die Mitarbeit im SJV schaffen die Voraussetzungen, daß der Kampf des SJV zur Bildung der roten Einheitsfront zur Aufgabe der gesamten Jungarbeiterschaft wird.

Noch ist es nicht zu spät!

Alle jungen Klassengenossen müssen erkennen: Es ist an der Zeit, den Kampf gegen Reaktion und Faschismus zu organisieren.

Der Kampf kann nur erfolgreich geführt werden, wenn die Bildung der roten Einheitsfront gelingt.

Fordert daher von den Organisationsführungen der SPD, der freien Gewerkschaften und der KPD den

Kampfblock aller Arbeiterorganisationen

Erkennt, die jungen der Arbeiterklasse sind verantwortlich für die Zukunft des proletarischen Klassenkampfes.

Gelingt es, die jungen revolutionären Kräfte zu sammeln, so sichern wir den Sieg der proletarischen Revolution!

Statutenkommission wird zum Vorwurf gemacht, daß sie mit ihren Anträgen, die die Beibehaltung der bisherigen Beiträge verlangt, aber andererseits Kürzungen vorseht, der Stimmung bei den weitaus meisten Mitgliedern nicht Rechnung trägt.

Die Opposition ließ durch Walter Stuttgart eine Erklärung abgeben, in der gesagt wird, daß die Erhaltung des finanziellen Fundaments die Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes sei, und dazu die Schaffung eines Kampffonds notwendig wäre. W. setzt sich für die Aufnahme der Erwerbslosen in den Verband ein, und verweist auf die Richtlinien des Bundesvorstandes. Wenn heute schon ein Teil der Gewerkschaften den Erwerbslosen die Tore geöffnet hat, so muß der DMV dasselbe tun. Er beantragt, daß den Erwerbslosen gegen ein Eintrittsgeld von 10 Pfg. die Aufnahme in den Verband gewährt wird.

Schott führt in seiner Erwiderung aus, daß es keinen anderen Weg gäbe als den, den die Statutenkommission vorschlägt. Es habe keinen Zweck, den mehrfach erfolgten Anträgen auf nochmaligen Zusammentritt der Kommission nachzukommen, denn die Kommission habe einstimmig ihre Anträge gefaßt. Schott wendet sich mit sehr dummen Argumenten gegen die Anträge auf Aufnahme der Erwerbslosen. Er stellt im großen und ganzen Uebereinstimmung mit den Vorlagen fest und bittet deshalb um Annahme. In der nun folgenden Abstimmung wird mit großer Stimmenmehrheit für die Vorlagen gestimmt. Damit sind alle anderen Anträge zur Beitragsfrage, also auch die Beitragsherabsetzung, abgelehnt.

Die Anträge zu den verschiedenen Unterstützungsarten verfallen dem gleichen Schicksal. Besonders hervorzuheben dazu sind die Ausführungen des KPDO-Kollegen Kraus, der in der Heraussetzung der Karenzzeit für Erwerbslosenunterstützung von 72 auf 92 volle Beitragswochen eine Maßnahme erblickt, die Ueberraschung und Empörung bei den Mitgliedern auslöst. Man hätte zum mindesten eine Uebergangszeit einlegen müssen. Wenn heute viele Verbandsmitglieder von der Zahlung der Unterstützung ihre Mitgliedschaft abhängig mache, so liege das an der falschen Erziehung, die durch die Einführung von den verschiedenen Unterstützungsrichtungen herbeigeführt worden wäre. Dadurch haben die Mitglieder mehr und mehr in dem Verband nur eine Unterstützungsorganisation gesehen. Das räche sich jetzt. Es sei notwendig, die wirklichen Aufgaben, den Charakter als Klassenkampforganisation wieder mehr in den Vordergrund zu stellen.

Kaulfers und Mett als Berichterstatler der

Statutenkommission

empfehlen Annahme der Kommissionsanträge in der Frage der Unterstützungen. Demnach soll die Erwerbslosenunterstützung nicht mehr generell 15 Wochen, sondern je nach Mitgliedschaftsdauer 7—12 Wochen betragen. Außer Kürzung der Reise- und Um-

zugsunterstützung sollen die übrigen Unterstützungsarten in bisheriger Form bleiben. Der Verbandstag gibt mit übergroßer Mehrheit seine Zustimmung. Damit sind ebenfalls alle übrigen Anträge erledigt.

Abgelehnt wurde auch die seit zwölf Jahren immer wieder beantragte Verhältniswahl im DMV.

Bei allen Abstimmungen zeigte sich immer wieder, daß die Delegierten zum großen Teile oft anderer Meinung sind, als die Mitgliedschaft des Verbandes, die durch ihre Anträge im Gegensatz stehen zu den Anträgen der Statutenkommission. Die Tatsache, daß von den 15 Mitgliedern der Statutenkommission nur 1 Mitglied Nicht-Verbandsangestellter ist, weist die Tatsache, daß von den 283 Delegierten allein 98, also $\frac{1}{3}$, Verbandsangestellte sind, beweist den überwältigenden Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie.

Anleihe-Konvertierung auch in Frankreich?

Paris, 25. August.

WTB. In der heutigen Morgenpresse finden sich allerlei Mutmaßungen über eine Besprechung, die gestern zwischen Finanzminister Germain Martin und Budgetminister Palmade stattfand und zu der auch leitende Persönlichkeiten der beiden Ministerien hinzugezogen waren. „Excelsior“ will aus der Tatsache dieser Besprechung kombinieren können, daß der Erfolg der englischen Konvertierungstransaktionen (Zinsherabsetzung im Einverständnis der Anleihehaber) die französische Regierung veranlaßt habe, eine ähnliche Operation zur Entlastung des französischen Schatzamtes in die Wege zu leiten und meint, die gestrige Finanzbesprechung habe diesem Zweck gegolten.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inseraten: Herbert Scholz, Breslau; Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau, Lohndruck: Th. Scharfky AG., Breslau Neue Grapenstr. 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3. I Trepp. Telefon 206 02.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

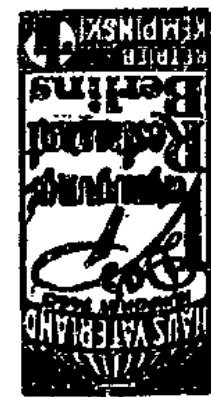
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3. I Trepp. Telefon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.

Berlin

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E1. Wackel 3422
Sonabend, 27. August
8.30 Uhr
Marziano
Gartenbühne
Sonabend, 27. August
8.30 Uhr
Konzert und Varieté
6.15 Uhr
Frühlingsoffert



Textilarbeiterkonflikt In Sachsen

Neuer Lohnraub auf der ganzen Front

Wenn jemand glauben sollte, daß es für die deutschen Scharfmacher doch schließlich auch einmal eine Grenze im Lohnraub geben sollte, so wird er durch den neuesten Vorstoß der sächsischen Textilarbeiterverbände belehrt. Die Textilarbeiterlöhne in Sachsen waren schon immer Hungerlöhne. Trotzdem wurden sie im Laufe der letzten Jahre um 30-40 Prozent abgebaut. In nach den Feststellungen des Textilarbeiterverbandes sind die Akkordlöhne noch weit mehr abgebaut worden, während die Leistungen der Akkordarbeiter um 50-60 Prozent gesteigert wurden.

Nach dem bisher geltenden Tarif betragen die Textilarbeiterlöhne in Ostsachsen: für männliche Zeitlohnarbeiter 47, 49, 52 und 53 Pfg. pro Stunde. Die weiblichen Stundenlöhne betragen 35,5, 37, 38,4, 39,9 bis 42 Pfg. In unzähligen Betrieben wurde aber bisher schon dieser Hungerlohn nicht mehr bezahlt, sondern in der Ausnutzung der grenzenlosen Not wurden die Arbeiter und speziell die Arbeiterinnen schon bisher gezwungen, zu noch niedrigeren Löhnen zu arbeiten. Hinzu kommt, daß in fast allen Betrieben verkürzt gearbeitet wird, so daß Wochenverdienste unter 10,00 Mark heute zu einer Massenerschneidung geworden sind.

Das alles geht aber den Textilindustriellen noch nicht weit genug. Sie fordern jetzt nach den Berichten des Textilarbeiterverbandes einen weiteren Abbau von 5,5 bis 7 Prozent (die kommunistische Presse schreibt von 15 Prozent). Es ist klar, daß über diesen neuesten Lohnraubzug der Unternehmer bei den Textilarbeitern die größte Erregung herrscht.

Die Leitung des Textilarbeiterverbandes betreibt auch hier wieder die von uns bei allen Gewerkschaftsleitungen kritisierte Taktik, daß sie die Massen der Textilarbeiter nicht zeitig genug zur Gegenaktion mobilisiert, sondern erst nach den stattgefundenen Verhandlungen mit den Unternehmern die Mitglieder von den Plänen der Textilindustriellen informiert. Der weitere und entscheidende Fehler besteht darin, daß sie auch diese Bewegung mit den üblichen nur gewerkschaftlichen Methoden glaubt führen zu können. Daß aber bei der herrschenden Massenarbeitslosigkeit im nur gewerkschaftlichen Kampf gegen die Unternehmer nichts auszurichten ist, lehrt alle Erfahrung. Daher müssen auch die Textilarbeiter in Sachsen darauf dringen, daß der

Kampf durch große Massenaktionen mit ausgesprochen politischem Charakter aufgenommen und durchgeführt wird.

Die kommunistische Partei mit ihrer RGO treibt hier ihr altes, sich immer wieder als äußerst schädlich erwiesenes Spiel. Statt durch eine sachliche und gewiß notwendige Kritik an der reformistischen Führung die Textilarbeiter und vor allem die Verbandsmitglieder von der Notwendigkeit des revolutionär-politischen Kampfes zu überzeugen, operiert sie mit unzulässigen persönlichen Verdächtigungen der Führer und beweislosen Behauptungen. Dazu werden da und dort erfolglose „wilde“ Einzelaktionen unternommen und dann von „großen revolutionären Streiks“ der Textilarbeiter geschrieben. Das trägt selbstverständlich nicht zur Stärkung, sondern nur zur Schwächung der Widerstandskraft der Textilarbeiter bei und führt, wie das dieser Tage in einer Textilarbeiter-Mitgliederversammlung in Leipzig geschah, dazu, daß „einstimmig das Vorgehen der Verbandsleitung gebilligt und das Verhalten der kommunistischen Partei als arbeiterschädlich verurteilt“ wurde.

Es ist Aufgabe unserer Genossen und aller revolutionärer Arbeiter, hier im Sinne des wirklich einheitlichen revolutionären Kampfes gegen die Unternehmeroffensive zu wirken.

Streik im Lodzer Textilrevier

Das „B. T.“ meldet unter dem 23. August aus Warschau:

Die Streikbewegung im Lodzer Textilrevier greift um sich. Am 19. August waren in der Fabrikstadt Zgierz bei Lodz 2000 Arbeiter in den Streik getreten. Im Laufe der letzten Tage hat sich die Arbeiterbewegung fast sämtlicher Zgierz-Fabriken angeschlossen. Ebenso finden in den großen Lodzer Werken — Widzenewska Manufaktur, Seidler & Grohmann und Geyer — ständig Teilstreiks statt. In den Werken von Ponnanski in Lodz wurde der Arbeiterschaft zum 26. August gekündigt. Auch in den Vorstädten Pabianice und Aleksandrow steht die Arbeiterschaft größtenteils im Streik.

Hitlerpartei und Industriellenverband

„Revolutionäre Nationalsozialisten“ enthüllen interessante Zusammenhänge

Eine Gruppe ehemaliger Nationalsozialisten, die ursprünglich an den sozialistischen Willen der NSDAP glaubte, aber sich inzwischen längst enttäuscht von dieser Partei trennte, hat sich um die Zeitung „Die schwarze Front“ gesammelt. In diesem Blatt finden wir in der Nummer vom 21. August den folgenden Artikel, den wir als einen neuen Beitrag zur Erkenntnis der Finanzquellen und des wahren Charakters der Hitler-Partei unseren Lesern bekanntgeben wollen.

Durch einen günstigen Zufall bekamen wir in diesen Tagen einen Rundbrief an die Industriellen Mitteldeutschlands in die Hand, der einwandfrei aufzeigt, wie stark einerseits die Verbindung der Hitler-Partei mit diesen kapitalistischen Kräften ist und wie andererseits diese Unternehmergruppen heute schon die Hitler-Partei als die für ihre eigenen Interessen geeignetste Partei ansehen.

Der thüringische Vertrauensmann der Hitler-Partei in Industrieangelegenheiten — Dr. Mühlberg — wendet sich in diesem Rundschreiben an die Industriellen Mitteldeutschlands und erinnert daran, daß eine Wahlunterstützung der NSDAP seitens des Mitteldeutschen Industrieverbandes ausdrücklich im Gesamtvorstande beschlossen war.

„Daß gerade die NSDAP zu denjenigen Parteien gehört, welchen die Wahlunterstützung der Industrie im Verhältnis zu dem voraussichtlichen Maß ihres politischen Einflusses gewährt werden soll, kommt in dem erwähnten Rundschreiben der Mitteldeutschen Industrie leider nicht mit der Deutlichkeit zum Ausdruck, mit der es im Gesamtvorstand beschlossen worden war.“

Eindeutig wird hier also festgestellt, daß eine Unterstützung seitens des Industrieverbandes beschlossen worden war. Doch es kommt noch besser — in einer geradezu widerlichen Art fordert Mühlberg die Industriellen zur Wahl und Unterstützung der Hitler-Partei auf, denn:

„die NSDAP hat zu den Reichstagswahlen auch solche Kandidaten an aussichtsreichen Stellen aufgestellt, die von unseren Industriellen als industriell-sachkundige Persönlichkeiten angesehen werden. Wenn im Reichstagswahlkreis XII eine solche Persönlichkeit auf der Kandidatenliste diesmal noch vermißt werden sollte, so liegt es nahe, an die ausgesprochene Bevorzugung zu denken, die bis in die letzten Wochen unseren politischen Gegnern offensichtlich gewährt

wurde, obwohl man sich von ihnen nichts mehr versprechen durfte. Gleichwohl wird die NSDAP im ganzen Reich weit mehr industriell-sachkundige Persönlichkeiten in den Reichstag bringen, als die anderen Parteien zusammen.“

Offen gibt man also nicht nur zu, daß man Kandidaten, die das Vertrauen der Industriellen haben, an aussichtsreichen Stellen aufgestellt hat, sondern man ist noch stolz darüber, daß die NSDAP mehr industriell-sachkundige — lies: Unternehmer — in den Reichstag bringe als alle anderen Parteien. Daß diese Vertreter weder sozialistische Politik treiben, noch die Interessen ihrer doch gefühlsmäßig sozialistischen Wähler vertreten können, ist klar. Wenn man bedenkt, daß die NSDAP als ihren Vertreter in den Thüringischen Landtag Dr. Bichmann — Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der thüringischen Zementindustrie — entsendet, so bedarf es keines weiteren Beweises für die geistige Korruption dieser „Arbeiter“-partei. Denn diese Vertreter können nie und nimmer Kunder sozialistischer Wollens sein, da sie vollkommen einseitig kapitalistisch gebunden sind.

Bichmann wendet sich dann noch als Nationalsozialist und Vertreter industrieller Verbände in einem besonders anliegenden Flugblatt an die Industriellen. Interessant ist, daß diesem Flugblatt ein Auszug des Federschen Programms beigegeben ist, in dem besonders die These „Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an und stellt es unter staatlichen Schutz“ ausführlich kommentiert wird.

Eindeutig stellt Bichmann in diesem Rundbrief fest:

„Wer dagegen, wie der Nationalsozialismus, das Privateigentum und Privatinitiative des Unternehmers neben der Arbeitskraft des deutschen Volkes als seine höchsten wirtschaftlichen Aktiva bewertet... hat den Anspruch darauf, daß ihm geglaubt wird, wenn er unter Kapitalismus, der zu bekämpfen ist, lediglich die Auswüchse und den Mißbrauch des Kapitalbesitzes wissen will, nicht aber den Kapitalbesitz schlechthin.“

Hier formuliert also ein thüringischer Landtagsabgeordneter und Vertrauter Adolf Hitlers noch einmal das, was Reupke schon vor einem Jahr sagte und was Hitler-Leute immer nicht glauben wollten, nicht dem kapitalistischen System gilt der Kampf — nein, nur seinen Auswüchsen! Doch Bichmann geht sogar noch weiter:

„Wenn wir Nationalsozialisten könnten, würden wir sogar die sogenannte „Sozialisierung“ solcher Unternehmungen gern rückgängig machen, die z. T. nur mit Hilfe bürgerlicher Parteien in den Besitz von Reich, Staat oder Gemeinden überführt wurden.“

Schärfer kann dieser jetzt offizielle Vertreter der Hitler-Partei seine kapitalistischen Grundsätze nicht untreuen. Klingt es nicht wie ein Hohn auf die ungeheuren Opfer der Bewegung, wenn der Vertreter der NSDAP am Ende seines Rundbriefs an die Industriellen schreibt:

„Für den Fall, daß die mir gewordene Mitteilung richtig sein sollte, wonach es manchen Industriellen nicht erwünscht erscheint, ihre Wahlspenden an den Verband der Mitteldeutschen Industrie mit der aus-

drücklichen Weisung der Weiterleitung an die NSDAP zu senden, erkläre ich mich hiermit bereit, dieselben auf dem Konto meiner Firma Farbwerke Dr. W. König... zu treuen Händen entgegenzunehmen.“

Würde das Rundschreiben nicht vor uns liegen — die Originale können jederzeit bei uns im Verlag eingesehen werden — könnten wir es nicht glauben, daß die Hitler-Partei schon so weit gesunken ist, daß sie — die einst so stolz war auf die Opfer ihrer Parteigenossen und immer wieder sich ihrer Unabhängigkeit rühmte — heute bei Verbänden der Industrie um Wahlunterstützung betteln geht. Wir revolutionären Nationalsozialisten lehnen uns gegen diese Art des Kampfes auf — denn wir wissen, Not und Elend haben einer Bewegung, einer Idee, die wußte was sie wollte, noch nie geschadet!

Scharfmachermethoden bei der Bewag

Die Berliner Elektrizitätswerke A. G. will auf diktatorischem Wege eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit, natürlich ohne Lohnausgleich, und unter gleichzeitiger Steigerung der Leistungen der Arbeiter durchführen. Bereits im Jahre 1931 wurde die Arbeitszeit von 48 Stunden auf 44 Stunden verkürzt, jetzt soll eine weitere Verkürzung auf 40 Stunden pro Woche erfolgen. Wie rabiät dabei die Direktion vorgeht, zeigte sich bei den unlängst stattgefundenen Verhandlungen. Man tat so, als ob über die Frage verhandelt werden sollte, aber als die Gewerkschaftsvertreter nicht sofort auf den Vorschlag der Direktion eingingen, kam die Direktion mit einem schon fertiggestellten Anschlag an die Arbeiter heraus, wonach die Neuregelung der Arbeitszeit auf diktatorischem Wege einfach verfügt werden soll.

In einer Versammlung erklärte die Bewag-Funktionäre, daß sie unter Umständen auch mit einer weiteren Arbeitszeitverkürzung einverstanden wären, selbst ohne Lohnausgleich, aber nur unter der Bedingung, daß dafür Neueinstellungen erfolgen. Was jedoch die Direktion jetzt plane, sei nichts anderes, als bei Aufrechterhaltung der bisherigen Leistun-

gen das Lohnkonto zu senken. Das müsse von ihnen mit aller Schärfe abgelehnt werden.

Die Direktion hat nun trotzdem ihren Anschlag herausgegeben, es bleibt abzuwarten, ob, entsprechend dem Beschluß der Funktionäre, der Gesamtverband ernstlich gewillt ist, die Direktion durch den offenen Kampf zum Rückzug zu zwingen.

In diesem Zusammenhang sei auf verurteilungswürdiges Gebaren der Leitung des Gesamtverbandes aufmerksam gemacht. Sie zieht in der neuesten Nummer der „Gewerkschaft“ gegen den ehemaligen KPD-Landtagsabgeordneten Skjellerup in Bramfeld-Hamburg zu Felde, weil er angeblich als Gärtnerbesitzer seine Arbeiter um den Lohn betrüge. Wenn das stimmt, ist die öffentliche Kritik berechtigt. Aber warum nur gegen Kommunisten? Warum z. B. im Falle der Bewag nicht auch gegen die SPD-Führer, die die Bewag dem Privatkapital ausgeliefert haben und für die jetzige Scharfmacherdirektion verantwortlich sind? Warum kein Wort gegen die SPD-Magistrate, wie z. B. Dr. A. Sch., die auch heute mit in der Leitung der Bewag sitzen?

Der Reichs-Aktienbesitz am Stahltrust

Ein Beweis für „Wirtschaftsdemokratie“?

I. R. In der Bundeszeitung des ADBG, der „Gewerkschaftszeitung“ vom 6. August 1932 wird der Übergang von 100 Millionen Mark Aktienanteil des Stahltrust-Generaldirektors Flick an der Gelsenkirchener Bergbau AG auf das Reich als schönste Bestätigung der Theorie von der Wirtschaftsdemokratie gefeiert. Der „Traum der Utopisten“, wie man die Theorie der freien Gewerkschaften von der Demokratisierung der Wirtschaft genannt hat, zeigt sich zur Zeit in einer Wirklichkeitsnähe, wie sie in solchem Grade und in so kurzer Zeit selbst von den hoffnungsfreudigsten Vertretern dieser Theorie nicht erwartet wurde — so steht es wörtlich in der „Gewerkschaftszeitung“.

Was ist geschehen? Der Stahltrust ist von der Wirtschaftskrise schwer betroffen worden, die Bilanzen weisen Verluste aus; der Absatz ist zwar im 2. Vierteljahr 1932 gegenüber dem 1. Vierteljahr — nur infolge Russen-Aufträge — wieder etwas gestiegen, aber er steht dennoch im Geschäftsjahr 1931/32 um rund 40% tiefer als 1930/31, wo auch schon große Schwierigkeiten im Stahltrust bestanden. Besonders schlimm steht es mit der Charlottenhütte, dem speziellen Besitz des Herrn Flick, von der aus dieser seinerzeit den ausschlaggebenden Einfluß an der Gelsenkirchener Bergbau AG und über diese auch im Stahltrust erwarb. Die Charlottenhütte stand vor der Pleite, und nun hat das Reich, wie schon so oft im letzten Jahre bei bankrotten privatkapitalistischen Gebilden, eingegriffen und hat dem Herrn Flick sein Aktienpaket bei der Gelsenkirchener AG abgekauft. Dabei war das Reich wieder recht großzügig — anders als gegenüber der Arbeiterschaft — und hat die Aktien zu 90% ihres Nominalwertes gekauft, d. h. für 90 Millionen in bar, obwohl nach dem legalen (nicht extra für diesen Zweck künstlich hochgetriebenen) Kurswert das Reich nur etwa die Hälfte hätte zahlen brauchen. Die Charlottenhütte ist also saniert, Herr Flick ist saniert, er konnte gleich 30 Millionen zum eigenen Neuerwerb rheinischer Braunkohlen-Aktien ausgeben, die er — der Gelsenkirchener Bergbau AG abkaufte. Er wurde auch sofort in den Aufsichtsrat der Rheinischen Braunkohlen AG gewählt, deren Anteilhaber er jetzt ist, und er hat nun von hier aus — über die Harpener Bergbau AG — auch wieder Einfluß auf die Gelsenkirchener Bergbau AG, wenn auch nicht so unmittelbar und entscheidend wie vorher.

Das ist die eine Seite der Sache, bei der nicht zu vergessen ist, daß das Reich die 90 Millionen natürlich aus der Tasche der Steuerzahler, vor allem der Lohn- und Gehaltsempfänger, und durch Abbau der Sozialleistungen u. dgl. aufgebracht hat.

Nun loben die Befürworter der „Wirtschaftsdemokratie“ allerdings nicht diese Seite der Angelegenheit, sondern die andere, daß das Reich jetzt mit seinen 100 Millionen Aktienpaket der Gelsenkirchener Bergbau AG entscheidenden Einfluß auf den Stahltrust gewonnen habe. Von insgesamt 775

Millionen Stahltrust-Aktien habe das Reich jetzt 462 Millionen unter Kontrolle, da nämlich die Gelsenkirchener AG auch noch über zwei andere Stahltrust-Unternehmen, nämlich Phönix und van der Zypen, auf die Vereinigten Stahlwerke Einfluß habe. Peter Zimmer, der Verfasser des Artikels in der „Gewerkschaftszeitung“, frohlockt, daß die Entwicklung immer mehr dahin gehe, daß das Reich eingreifen muß, daß das Privatkapital am Ende seines Lateins sei. Man denke, wie sehr die Industriellen sich in den vergangenen Jahren gegen Beteiligung der öffentlichen Hand gewehrt haben! Und nun gar ausschlaggebender Einfluß des Staates im größten deutschen Industriekonzern!

Gläubt denn wirklich ein Arbeiter des Stahltrusts, daß sich für ihn irgend etwas zu seinem Vorteil ändern werde? Ist das Reich oder der Staat nicht eben das Reich, das ständig die Wünsche der kapitalistischen Scharfmacher erfüllt? Sitzen nicht im Staat an allen maßgebenden Stellen gerade die Vertreter und Beauftragten der Flick, Vögler und wie sie sonst heißen mögen? Hält nicht „das Reich“ ebenso wie die übrigen Herren in der Leitung und im Aufsichtsrat des Stahltrusts Lohnabbau, „Auflockerung“ des Tarifwesens, Arbeitsdienstpflicht usw. für notwendig? Abgesehen davon, daß Herr Flick bei der ganzen Sache ein außerordentlich gutes Geschäft gemacht hat, haben er und seine großkapitalistischen Freunde gegen diesen Staat und diese Staats-„Kontrolle“ auch gar nichts einzuwenden. Sie sind ja der Staat und werden schon dafür sorgen, daß niemand ihren Interessen zu nahe tritt!

Bisher wurde uns von den ADGB-Führern auch noch immer gesagt, Wirtschaftsdemokratie das heiße Gleichberechtigung von Unternehmern und Arbeitern bzw. Gewerkschaftsvertretern bei allen wirtschaftlichen Maßnahmen. Ist davon heute im Stahltrust irgendwelche Rede? Man kann doch heute, wo die Existenz der Arbeitermassen mehr denn je auf dem Spiele steht, mit solchen Betrachtungen nur verwirren und vom notwendigen Kampfe abhalten wollen!

An den Wirtschaftsbetrachtungen des Herrn Zimmer und, da er kommentarlos in der „Gewerkschaftszeitung“ zu Worte kommen kann, also auch der ADGB-Instanzen ist nur das eine richtig, daß die Kapitalisten selbst die Wirtschaft nicht mehr meistern, sondern mehr und mehr zerstören. Aber wenn man Staatskapitalismus demgegenüber stellen will, dann muß man zuerst einmal begreifen, daß es darauf ankommt, wie der Staat aussieht, und wer darin die Macht hat. Die Macht hatten und haben sowohl im Weimarer Staat wie in dem sich mehr und mehr anbahnenden faschistischen Staat aber die Kapitalisten in der Hand. Darum ist die Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaftsverhältnisse im Sinne der Arbeiter und der verelendeten und unterdrückten Angestellten und kleinbäuerlichen Schichten die grundlegende Veränderung des Staates.

Um 26 Pf. — 12 Jahre Zuchthaus

Der Mord auf der Schleiermacherstraße — Arbeitslosenschicksal — Unerhörtes Plaidoyer eines Staatsanwalts — Lebenslänglich Zuchthaus beantragt — Die Stimme des Volkes

Breslau, 26. August.

E. K. War den vergangenen Verhandlungen vor den Sondergerichten im Reich wie in Breslau eine politische Note gemeinsam, so unterschied sich der gestrige Prozeß vor dem Breslauer Sondergericht nicht nur durch seinen Gegenstand. Der Mord an der Oberpostkassiererin Frau Schubert am 26. Mai dieses Jahres, der das dreiköpfige Richtergremium gestern beschäftigte, war ein soziales Delikt. Und das Bemerkenswerteste: Seit dem Briefträgermord von Ernst Reins hat wohl kein Prozeß mehr die Wechselbeziehung von Arbeitslosigkeit und Kriminalität der Jugend deutlicher gezeigt als dieser.

Auf der Anklagebank sitzen drei junge Menschen, zwei von ihnen kaum dem minderjährigen Alter entwachsen. Der Krieg und die Inflationszeit haben an ihrer Wiege gestanden. Schule und Lehre liegen knapp hinter ihnen, als sie die Arbeitslosigkeit erlud. Da beginnen ihre zerstörerischen Folgen, die peinvolle Leere des Tages, die Verzweiflungsstimmung, die Minderwertigkeitsgefühle, die Geldknappheit, die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Elternhaus. Bei Fritz Hoffrichter, dem Mitangeklagten, ist das Abgleiten in die Kriminalität bald nur eine Frage der Zeit. Er überwirft sich mit dem allzu harten Vater, rückt aus, kommt in die Fürsorgeerziehung. Und der Hauptangeklagte, Fritz Reinert? Wie so viele Mörder entspricht er nicht der Vorstellung, die man sich von einem Mörder macht, der kaltblütig, aus Gewinnsucht, einen Menschen umbringt. Seine Arbeitgeber stellen ihm das beste Zeugnis aus. Sie wollen ihn, erlaubt es der Betrieb, sofort wieder anstellen. Es bleibt ihnen unverständlich, wie er den Mord begangen haben soll. Aber dieser blasse, junge Mensch, dessen Intelligenz das Durchschnittsmaß nicht überragt, will trotz seiner Unterstützung von wöchentlich nur 11 Mark heiraaten, und dazu fehlen ihm — „nur die Ringe“. Der Sohn „ehrbare Bürger“, proletarisiert, längt in die graue Armee des Elends eingereiht, ist nicht von bürgerlichen Vorstellungen frei. Das soziale Zwittemilieu zwischen den Klassen, zwischen Elend und Talmignanz, seine halbbürgerliche Doppelstellung wird sein Verhängnis. Der Gedanke, sich Ringe verschaffen zu müssen, sich Geld verschaffen zu müssen, setzt sich in ihm fest. Denn ohne Geld keine Ringe, ohne Ringe keine Hochzeit, so denkt er es sich. Da trifft er seinen Bruder Oswald Reinert und den Mitangeklagten Hoffrichter, den unzweifelhaft intelligentesten unter den drei, und dieser soll ihm auch die „Tipps“ gegeben haben. Man beschließt, „ein Ding zu drehen“. Und auf der Straße geht eben Frau Schubert, auf die der jüngere Oswald seinen Bruder aufmerksam macht: „Frau Schubert sei Witwe, hätte immer Geld, und sie sei selten zu Hause“. Oswald scherzt dabei. Er verweist auf die Geldbörse, die die Frau in der Hand trägt und fordert den Bruder auf, sie ihr bald zu entreißen. Schließlich entwirft man einen Plan.

Am Tattage gibt Hoffrichter dem Hauptangeklagten einen Briefbogen und Kuvert. Falls ihn ein Hausbewohner oder Frau Schubert an der Tür überrascht, soll es den Anschein erwecken, als gebe er einen Brief ab. Hoffrichter, der geistig Ueberlegene und spiritus rector, der er bei der ganzen Sache gewesen zu sein scheint, reicht ihm den Brief mit Zwinhandschuhen, die er Reinert zur Vermeidung von Fingerabdrücken überläßt. Auf Hoffrichters Geheiß steckt sich Reinert noch einen Meißel zum Aufbrechen der Schübe zu. Dann geht er, nachdem er sich vergewissert hat, daß Frau Schubert im Garten ist, in deren Wohnung.

Was er findet, sind zwei Uhren, einige Ringe, alte Münzen und — 26 Pf. Da will er aufbrechen, aber nun stößt er auf die ebenso überraschte, unerwartet zurückkehrende Frau Schubert. Er heißt sie zuerst, ruhig zu sein, schlägt, als sie zu schreien und sich zu wehren versucht, mit dem aus dem Gürtel gezogenen Meißel auf sie ein und legt der betäubt zu Boden gesunkenen Frau schließlich eine Schürze um den Kopf. Mag man Fritz Reinert nun Glauben schenken, daß die Veranlassung hierzu das Röcheln der niedergeschlagenen Frau gewesen ist, das er nicht hören konnte, oder wollte er verhindern, durch das Stöhnen verraten zu werden.

Tatsache ist jedenfalls, Frau Schubert ist nicht infolge der Schläge, sondern sie ist den Erstickungstod gestorben. Eine Kette unglückseliger Umstände hat diesen schweren Einbruchsdiebstahl zum Mord bzw. Totschlag gemacht. Die Tat ist dem Täter über den Kopf gewachsen.

Nach der Tat hat sich Fritz Reinert die Handschuhe abgezogen, die Hände gewaschen und in das Handtuch abgetrocknet. (Die davon stammenden Fingerabdrücke haben später zu seiner Ueberführung geführt.) Dann ist er zu den auf der Straße wartenden Kameraden geeilt, die ihn schützend in die Mitte genommen haben, um die Blutflecke auf seinem

Anzug verbergen zu helfen. Die mitgenommenen Sachen sind bald darauf aus Furcht vor der Entdeckung von den Gebrüdern Reinert in die Oder versenkt worden. Fritz Reinert selbst hat — tragische Ironie — am nächsten Tag 30 Mark geliehen erhalten und Hochzeit gefeiert. Kurz nach der Hochzeit ist seine Verhaftung und sein Geständnis erfolgt.

Das Plaidoyer

Der Fall liegt mit grausamer Deutlichkeit zu Tage. Fritz Reinerts Schicksal ist das Schicksal und die Gefahr unzähliger junger Proleten von heute, mag ihr Leben auch im einzelnen oft anders verlaufen. Sie alle sind von der Gefahr der Arbeitslosigkeit bedroht oder von ihr gequält und dem durch sie verursachten oder begünstigten Abgleiten in die Kriminalität ausgesetzt. Ja, Reinerts Schicksal ist geradezu der Angelpunkt des Problems der Wechselbeziehung zwischen der Arbeitslosigkeit und der Kriminalität der Jugend. Um so empfindender wirkten die zu diesem Problem gestellten Sätze des Vertreters der Anklage, des Staatsanwaltschreibers Dr. Schmidt. Wenn der Staat, erlaubt er sich nämlich zu bemerken, die Unterstützungssätze der von der Krise unverschuldet Erlahenden auf ein so niedriges Maß senke, wie es die Angaben der Angeklagten in erschreckender Weise verrieten, so hätten die Proleten eben die verdammte Pflicht, mit diesen Hungersätzen auskommen zu müssen. Die letzte Ursache eines solchen Vergehens wie des vorliegenden, erklärte sich ferner der objektive Richter zu erklären, liege allein in der

„mangelnden Erziehung der deutschen Jugend“

in dem

„Fehlen der deutschen Manneszucht und Wehrpflicht“

Man weiß nicht, ob man über den unerhörten Hohn, als den Millionen arbeitsloser Proleten diese verständnislose Haltung des Staatsanwaltrats gegenüber ihrem unverschuldeten Geschick empfinden werden, mißbilligende Worte finden soll, oder über die Naivität, mit

der er ein so problematisches Vergehen wie das vorliegende erklärt. Als ob es zur Zeit der Wehrpflicht und der „deutschen Manneszucht“ nicht auch schon soziale Delikte gegeben hätte. Nein, diese Delikte, sie sind so alt wie diese Gesellschaftsordnung selbst, als deren Sprecher der Herr Staatsanwalt zu urteilen sich aufwarf. Die höhnischen Pointen, die erstaunlichen Redewendungen dieses Richters erreichten aber den Gipfelpunkt der Unsachlichkeit in den Worten, mit denen dieser Richter seine persönliche „Stimmung“ zu zeichnen beliebte:

„Dem Ehemann ist eine treue deutsche Frau geraubt worden. Ein Menschenleben ist dahin. Frau Schubert weilt nicht mehr unter uns, die Familie hat sie verloren, die deutsche Volksgemeinschaft hat sie verloren“

und so fort. (Die Objektivität dieses Richters hätte sicher erheblich gelitten, wenn beispielsweise eine Angehörige der kommunistischen Partei und Mutter einer Arbeiterfamilie unter den bedauernden Folgen der Tat ihr Leben gelassen hätte.)

Es wundert schließlich niemand, wenn sich dieser Staatsanwalt mit ausdrücklicher Betonung zu der mittelalterlichen Strafrechtstheorie bekannte und, den Boden aller modernen Rechtsprechung verlassend, das eigentliche Wesen und den Zweck der Kriminalstrafe nicht mehr in der Sühne und Vergeltung, sondern in der Abschreckung erblickte.

Staatsanwaltschreiber Dr. Schmidt beantragte daher für den Hauptangeklagten Fritz Reinert wegen vorsätzlicher Tötung lebenslängliches Zuchthaus und dauernde Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, sowie ohne Zubilligung mildernder Umstände 3 Jahre Zuchthaus wegen schweren Einbruchsdiebstahls, für den Mitangeklagten, 21jährigen Fabrikarbeiter Hoffrichter, der die moralische Schuld an dem Verbrechen trage, 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, und gegen den 21jährigen Bruder des Hauptangeklagten, den Transportarbeiter Oswald Reinert, wegen Einbruchsdiebstahls eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten.

Den hohen Strafentwurf gegen den Angeklagten Hoffrichter begründete der Staatsanwaltsrat mit dem ausdrücklichen Hinweis auf den Zweck der Strafe:

„bei den augenblicklichen Zeiten abzuschrecken“

und weiter, daß der Angeklagte im Zuchthaus „besserungsfähig“

gemacht werde. Einige Monate Zuchthaus würden diesen Richter unzweifelhaft eines besseren belehren. Wie wenig es andererseits diesem Herrn mit der Besserung seines Verurteilten ernst zu sein schien, bewies er auch durch die wiederholte Äußerung, daß er in dem Angeklagten Hoffrichter einen „ausgesprochenen Berufsverbrecher“

vor sich zu sehen glaubte, mit dem er in seiner späteren Praxis noch öfter Bekanntschaft machen werde. Das Gericht, so hatte man zwar bisher gemeint, hätte es sich zur alleinigen Aufgabe zu machen, das Strafmaß zu bestimmen, nicht aber auf eine so unerhörte und in der Geschichte der letzten Jahre kaum dagewesene Weise offen seine „Stimmung“ kundzutun.

Das Urteil des Sondergerichts in dem vorliegenden Verfahren lautete gegen den Angeklagten Fritz Reinert wegen Totschlags unter erschwerenden Umständen und wegen Einbruchsdiebstahls auf 12 Jahre Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren, gegen Hoffrichter wegen gemeinschaftlichen Einbruchsdiebstahls zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre, gegen Oswald Reinert, den Bruder des Hauptangeklagten, wegen Beihilfe zum schweren Diebstahl auf ein Jahr Gefängnis.

Es war der Spruch eines Sondergerichts. Zwar berief sich schon der Staatsanwalt bei seinen Anträgen darauf, er hätte sein Urteil nach dem Rechtsempfinden des Volkes gerichtet.

„Vox populi — vox dei“, die Stimme des Volkes ist die Stimme Gottes“, erlaubt er sich dabei uns zu zitieren, aber wir meinen vielmehr, diese Stimme des Volkes ist gerade von den Sondergerichten, bei denen das Laienrichtertum nicht mehr existiert, ausgeschaltet.

Das Volk hat in diese Justiz kein Vertrauen mehr, und es hat für solche Strafen nicht das geringste Verständnis. Es wird niemanden geben, der den Tod der Frau Schubert nicht bedauert. Aber handhabt man eine solche Justiz, dann wird nicht mehr der Täter bestraft, sondern die Tat. Dann soll man sein Klassengesicht bald offen enthüllen und für jede Tat ein bestimmtes Strafmaß setzen. Wir wollen gewiß, daß ein jeder Mord seine Sühne findet. Doch diese Urteile haben mit Sühne nichts zu tun, sie haben auch mit dem „Recht“ nichts zu tun.

Sturm auf das Volkshaus

Berliner und Bayrische SA in Beuthen — Nazi-Terror wütet unangesezt

Die SA sann wieder nach neuen Aktionen, um „die Volksmeinung“ gegen das Justizverbrechen“ aufzuputschen. Da nunmehr die Breslauer SA sich genügend mißliebig gemacht hatte, versuchte man es heute sogar mit Berlinern und Bayern. Man sieht, die Herren scheuen keine Mühe und Kosten, um aus dem Urteil möglichst viel an Propaganda herauszuschinden. Gestern bildeten sie sich ein, die Verurteilten würden widerrechtlich verschleppt werden, und Nazi-Hauptmann Göhring ließ daraufhin einen sehr pathetischen Satz los, indem er posuante, daß die Vollstreckung an den Beuthener Mördern nur über seinen Kopf und den von 15.000 der besten SA-Leute vor sich gehen könnte. Was man von diesen Aporismen zu halten hat, weiß man, wenn man sich erinnert an den Ausspruch des Oberösa am Kapp-Putsch, wonach Deutschland ihn morgen als Sieger oder als Toten sehen würde. Damals traf beides nicht ein, und wir glauben gut unterrichtet zu sein, wenn wir behaupten, daß Herr Bracht nicht lange mit der Begnadigung wird auf sich warten lassen. Diese Würde aber vollends die Kapitulation vor dem Faschismus bedeuten und der Arbeiterschaft ein Signal zur Selbsthilfe sein. Obwohl wir gegen die Vollstreckung der Todesstrafe sind, müssen wir uns energisch dagegen wehren, daß es den Nazis möglich ist, Proleten meuchlings zu ermorden, ohne die von der Regierung vorgesehenen Strafen zu erhalten. Wir sind fest überzeugt, daß man mit klassenbewußten Arbeitern anders vorgegangen wäre.

Schon am gestrigen Nachmittag sandte die SA ca. 50 achtjährige Jungens auf die Straße, die das Horst-Wessel-Lied sangen und als Belohnung eine Hakenkreuzfahne und jeder — einen Apfel erhielt. Dies sollte wahrscheinlich den „Geist“ der Jugend vortäuschen; wir sind so weit, daß achtjährige Knaben bereits so demoralisiert sind, daß sie weder Schule noch Elternhaus scheuen und sich von diesem braunen Mordgesindel kaufen lassen. Dieses Theater sollte wahrscheinlich Stimmung machen für das scheußliche Verbrechen dieser Vandalen, das sie in Beuthen begangen haben, die Erstürmung des Volkshauses.

Kurz vor Mitternacht, also zu einer Zeit, an der das Volkshaus fast menschenleer ist, kamen ca. 200 braununiformierte Helden im Laufschrift auf das Gebäude zu, zerschlugen sämtliche Scheiben, rissen die außen befestigte sozialdemokratische Zeitung herunter, brachen die Türen entzwei und gäbdeten sich wie Wilde.

Bezeichnend für den Mut der Erneuerer Deutschlands ist die Tatsache, daß sie sich eine Zeit ausgesucht haben, in der das Volkshaus von den Arbeitern nicht mehr besucht

wird. Glück hatten die Mordbuben, daß sie nicht eine Stunde früher kamen, denn dann hätten sie die Fäuste der gerade zu einer Sitzung versammelten Schutzbundgenossen zu spüren bekommen.

Klassengenossen, duldet es nicht, daß das mit Eurem letzten Plennig aufgerichtete Werk von der braunen Mordpest mißhandelt wird. Denn gerade die fortgesetzten Ueberfälle auf Arbeiterheime beweisen die Arbeiterfeindlichkeit dieser Kapitalknechte. Wartet nicht, bis sich solche Vorfälle wiederholen. Fordert von Euren Führern unverzüglich die Bildung einer eisernen roten Einheitsfront, durch die allein solche Untaten verhindert werden können. Nur der geeinte Wille der Arbeiterklasse kann und wird dem faschistischen Spuk ein Ende machen. Kämpft mit uns für die Bildung der Klassenfront des Proletariats. Seid kampfbereit!

Adolf Hitler und die Mörder

Daß Hitler die Mörder von Potempa deckt, wissen wir bereits seit längerem. Nun sieht man ihnen eine Dornenkrone. Im „Dortmunder Generalanzeiger“ liest man:

„Die Erhebung der Todeskandidaten zu Märtyrern wächst sich gerade zu einer Psychose aus. In der nationalsozialistischen „Ostfront“ war heute ein Artikel zu lesen, in dem ein Besuch bei den zum Tode Verurteilten geschildert wird. Die fünf Personen sind in zwei Zellen untergebracht, und zwar befinden sich in der einen Lachmann, Grünpner und Müller, in der anderen Kottisch und Wollnitz.“

In fetter Druckschrift ist in der „Ostfront“ eine Erklärung des Gastwirts Lachmann, dem geistigen Urheber der scheußlichen Bluttat, hervorgehoben: „Das Telegramm unseres großen Führers Adolf Hitler, das mich in der Stunde der größten Not erreichte, habe ich in meiner Zelle aufgehängt. Es ist für mich ein Aller, an dem ich jeden Tag mein Gebet für den Führer verrichten werde.“

Wenn das nicht an religiösen Fanatismus und Wahnsinn grenzt!

13 Verhaftungen in Beuthen

Beuthen, 25. August.

Bei den Vorfällen in Beuthen am Mittwochabend wurden, wie die Polizei jetzt zusammenfassend mitteilt, insgesamt dreizehn Personen festgenommen, und zwar wegen Verstoßes gegen das Demonstrationsverbot und wegen

fortgesetzten ruhestörenden Lärms, eine wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen, eine wegen unbefugten Waffenbesitzes und vier wegen Zerstörung von Fensterscheiben und wegen Plünderung.

Am Mittwoch gegen 22.50 Uhr wurden, wie die Polizei weiter mitteilt, zwei Kaufleute aus Beuthen an der Kreuzung Lange- und Kaiser-Franz-Josef-Straße verletzt aufgefunden; sie wurden ins Krankenhaus übergeführt.

Staat gegen Arbeit

Polizei sprengt 200 Notschächte der Arbeitslosen

Katowice, 25. August.

In der Nähe von Josephsdorf hat die Polizei gegen die Arbeitslosen-Notschächte eine große Aktion unternommen. Sie sperrte das Gelände ab und sprengte etwa 200 der dort angelegten Notschächte. Etwa 3000 Arbeitslose, die in drei Tagesschichten etwa 200 Tonnen Kohle täglich förderten, haben dadurch ihren kargen Erwerb verloren.

Soll die Leibeigenschaft wiederaufleben?

Oberglauke, Kr. Trebnitz, 25. August.

Seit vierzehn Jahren arbeitet der Ackerkutscher Glatz auf dem Gut des Herrn von Kessel. Vor einigen Tagen kam es zwischen dem Ackerkutscher und dem Gutsinspektor Hilse zu einer unwesentlichen Meinungsverschiedenheit. Dabei fuhr der Inspektor den langjährigen Gutsarbeiter derartig an, daß sich Frau Glatz ins Mittel legte und bat, mit ihrem Mann etwas pflichtförmiger umzugehen. Diese bescheidene Bitte veranlaßte Inspektor Hilse, die Frau vor die Brust zu stoßen, so daß sie beinahe zu Fall kam. Hierauf entspann sich zwischen dem Ackerkutscher Glatz und Inspektor Hilse eine Prügelei. Wir wollen hoffen, daß dabei der Herr Inspektor zu spüren bekommen hat, daß trotz aller Reaktion doch noch nicht die Zeiten der Leibeigenschaft wiedergekehrt sind.

Besucht das

„Proleten“

Arbeiter-Sport-Kartell

Aus dem Vogtland

Plauen

Das Gewerkschaftshaus Plauen hat den Konkurs anmelden müssen. Der Geschäftsführer wurde entlassen, ein Zwangsverwalter tritt an seine Stelle. Hauptgläubiger sind die Greizer Vereinsbrauerei, die Volksfürsorge und einige Großlieferanten. Die Mikrowirtschaft, die unter dem früheren Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses und Volkszeitungs-Geschäftsführer Orbel eintritt, trägt an dieser Katastrophe wesentliche Schuld. — Die „Volkszeitung“ verachweigt ihren Lesern den Zusammenbruch des Gewerkschaftshauses.

Durch eine Verfügung des reaktionären Bürgermeisters Dr. Schmidt wurde den kommunistischen Rotsportlern die Benutzung der städtischen Turnhallen entzogen. Das kommunistische „Echo“ bringt in diesem Zusammenhang die unwahre Behauptung (Nr. 180), der Stadtrat Dr. Schmidt sei „mit den Stimmen der SAP-Stadtvorordneten zum Bürgermeister gemacht worden“. Diese Behauptung ist gelogen. Die SAP stimmte im Kollegium gegen die Ernennung Schmidts. — Das „Echo“ hat eine Berichtigung der SAP-Stadtvorordneten nicht abgedruckt. Da wir die Klassenjustiz nicht gegen Arbeiterzeitungen einsetzen werden, muß diese Handlungsweise des „Echo“ zum Gegenstand registrierter Diskussion werden.

Das in Plauen bestehende „Antifaschistische Aktionskomitee“ wird von kommunistischer Seite rücksichtslos mißbraucht. Bei der Bildung des Komitees wurden zwei Leiter gewählt, die alle Aktionen und Zusammenkünfte des Komitees im gegenseitigen Einverständnis regeln sollten. Der von kommunistischer Seite gewählte Leiter, Bäumel-KPD, sabotiert jedoch, offenbar im Auftrag des KP-Partisekretariats, ganz offen die Zusammenarbeit mit dem von der SAP entsandten Leiter. Ohne jede Vereinbarung berief Bäumel eine Sitzung des Komitees für 17. August ein und lud einen Redner aus Leipzig als Referent. Der SAP-Leiter wurde weder informiert, noch zur Sitzung eingeladen. Als unser Genosse zur Sitzung trotzdem erschien und Aufklärung über dieses Vorgehen verlangte, erklärte Bäumel lediglich: „Wir nehmen deine Beschwerde zur Kenntnis“. — Falls die KPD auf Druck von oben wieder beabsichtigen sollte, Einheitsfront mit sich selbst zu machen, werden wir ihr ein Aktionskomitee nicht im Wege sein. Wir sind nur zu echter Einheitsfrontarbeit auf gemeinsamer Basis bereit. Mätzchen Bäumelscher Art lehnen wir ab. — Auch dieses Vorgehen der KPD-Bürokratie ist in vollem Umfange in der Diskussion zu verwenden.

Einen herben Verlust erlitt der SIV Plauen durch den Tod eines aktiven Jugendgenossen. Genosse Walter Stöhr, Wanderleiter des SIV, erlitt während einer Wanderung einen Herzschlag im Bodeleichen. Er mag sich nach dem Aufbau des Gruppenzettes, das er errichten half, nicht ausreichend abgekühlt haben. — Dem Genossen, der im Dienste der Bewegung fiel, gilt unser ehrendes Gedenken.

Zwickau

In der Waffenschleibungsaffäre des Reichsbanners im Zwickauer Bezirk ist nunmehr Klarheit eingetreten. Gausekretär Weck hat — merkwürdige Art von Solidarität — alles eingestanden, was für die Polizei von Wichtigkeit war. Nach seinen Angaben hat eine Suhler Waffenfirma 650—700 Pistolen für das Reichsbanner geliefert, die teils nach dem Volkshaus Chemnitz, teils in das Gebäude des „Sächsischen Volksblattes“ geliefert wurden. Von dort aus erfolgte die Weiterlieferung der Waffen an die einzelnen Abnehmer. Auch die Namen der Abnehmer soll Weck angegeben haben. — Ebenso schrieb ein bürgerliches Blatt zu dieser Angelegenheit, daß der SPD-Sekretär Päckert-Zwickau sich „gegen Verrat seiner eigenen Genossen von der Haft losgekauft habe“. In der Tat ist Päckert aus der Haft entlassen worden. Der Meldung in der bürgerlichen Presse wurde vom „Sächsischen Volksblatt“ nicht widersprochen.

Planitz

Seit einiger Zeit kann man bemerken, daß die meisten Genossen der „Eisernen Front“ und des Reichsbanners sich jeder politischen Diskussion zu entziehen versuchen. Da wir nicht glauben, daß die Politik, die gegenwärtig von den SPD-Spitzen getrieben wird, bei den einfachen Parteimitgliedern so völliger Interesselosigkeit begegnet, müssen wir annehmen, daß diese „Zurückhaltung“ von oben „empfohlen“ wurde. Anscheinend befürchten maßgebende Kreise, daß eine Diskussion über das Verhalten der SPD in den letzten großen politischen Auseinandersetzungen schädlich auf die „gute Gesinnung“ der Mit-

glieder wirken könnte. Da muß man die Mitglieder dem Einfluß der so oft beehrigten, aber immer noch unheimlich lebendigen Sauper natürlich entziehen. — Wie lange noch?

Schnoblog

Der Braunmordüberfall in der Nacht zum 31. Juli hat für die Nazigeschäftsleute sehr nachdrückliche Folgen gezeigt. Die einkaufenden Arbeiter zeigen heute, daß Nazi-

Dresden

Hindenburg wird alles zum besten kehren ...

Arthur Arzi, ostsächsischer Reichstagsabgeordneter und einer von jenen Schulmeistern, denen Wilhelm Dittmann 1923 wegen ihrer „Linkshheit“ das Fell gehörig strich, ist Heilmanns Spuren gefolgt und zu Hindenburg gegangen. In der Dresdener „Volkszeitung“ vom 20. August schreibt dieser Arzt:

„Die Unterredung zwischen Hindenburg und Hitler hat insofern Klarheit gebracht, als sie zeigte, daß der Reichspräsident nicht gewillt ist, gegen die Weimarer Verfassung zu regieren. Die dramatische Auseinandersetzung mit dem Führer der Nationalsozialisten hat nachträglich noch einmal bedeutsam unterstrichen, daß die Haltung der Sozialdemokratischen Partei bei der verflochtenen Präsidentenwahl absolut richtig gewesen ist, und Genossen, die durch die Vorgänge bei der Entlassung Brüning über die Richtigkeit unserer Haltung anfragen bedencklich zu werden, können nunmehr den letzten Zweifel bei sich ausräumen.“

Wir geben den Glauben an die sozialdemokratischen Arbeiter nicht auf, daß sie an Hand der weiteren Entwicklung den Hindenburgianern um Arzi bald zeigen werden, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat.

Die Dresdener SPD-Führer Arzi und Edel, Sander und Weckel, die sich in besseren Tagen zugute hielten, als „Linke“ benannt zu werden, stehen heute den gewaltigen Ereignissen im Kampfe der Klassen geultert und hilflos gegenüber. Bis ins Jahr 1928 hinein, als es nichts kostete, den Mund zu spitzen und radikale Töne zu flöten, ging keine Tagung der SPD vorüber, in der nicht von Edel und Genossen von der Gesamtpartei außenparlamentarische Handlungen verlangt wurden. Wir, die wir seinerzeit den Kampf gegen die „Gruppe der 23“, die inzwischen in die SPD zurückgekehrten Alt-Sozialdemokraten, in vorderster Front mitführten, wir richten an die sozialdemokratischen Klassengenossen die Frage: Ist soviel Aufwand gegen die Helden um Buck und Wirth vertan worden, damit die Wortführer gegen rechts von da zumal heute weiter nach rechts wenden, als jemals rechte Gruppierungen in der sächsischen SPD? Wer's nicht glauben will, der sehe sich noch einmal die Reden an, die in der Radrennbahn in Reick von Arzi und Löbe gehalten wurden. Der ehemals so wortredliche Arzi mit seinem nicht verdaulichen Johann Gottlieb Fichte nahm sich als kläglicher Kleinbürger aus gegenüber dem immer auf dem rechten Flügel der SPD stehenden Paul Löbe. In der Tat: die um Otto Wels, Hilferding und Löbe sind die alten geblieben; nie wollten sie mehr sein als demokratische Republikaner; nie war ihr Ziel höher gesteckt, als die kapitalistische Ordnung vor Erschütterungen zu bewahren und so den Arbeitern schlecht und recht den vom Kapitalismus tragbaren Anteil an den Wirtschaftserträgen zu sichern. Die „linken“ Sachsen hingegen gebärdeten sich früher höchst radikal. Gegen die nur parlamentarischen Mittel der Gesamtpartei, insbesondere gegen die „Gruppe der 23“ predigten sie den heiligen Krieg, um heute als Nutznießer aller Positionen frömmel als jemals parlamentarische Lämmer der Weimarer Verfassung Treueschwüre zu leisten.

Resigniert berichtet die Dresdener „Volkszeitung“ über die Teilnehmer der Verfassungsfeier der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden, daß aus ihren Reihen der Verfassung „keine kampfbereiten Hüter entstehen werden“. Da muß dann doch der linke Recke Kurt Weckel als „Hüter“ einspringen. Er erklärte in der SPD-Verfassungsfeier, die Arbeiter müßten die Weimarer Verfassung „kämpfend verteidigen“, da ... das Bürgertum die große geschichtliche Chance, die ihm die Weimarer Verfassung gab, ausgeschlagen“ hat!

Weil die SPD-Führung den Bebeltschen Kernsatz: „Ich bin und bleibe ein Todfeind der bürgerlichen Gesellschaftsordnung“ leugnen lernte, ist die Arbeiterbewegung gespalten worden. Die Spaltung der Arbeiterbewegung zu verewigen, bemühen sich Geister wie Kurpal, der als Sprecher der Gewerkschaften auf der SPD-Verfassungsfeier, zu Nutz des Bürgerturns, Brüger zitierte: „Deutsche Republik, wir schwören, letzter Tropfen Blut soll dir gehören!“

gesinnung der Geschäftsinhaber bei ihnen nicht beliebt ist. Bäckermeister Schmalfuß am Baderlat — er hat zwei stramme Söhne bei der braven SA — hat eine Reihe empörter Arbeiterkunden förmlich angefleht, doch weiter bei ihm zu kaufen und verspricht dafür zu sorgen, daß seine Söhne sich schleunigst von der NSDAP abmelden. — Wir finden es ganz in der Ordnung, daß die Arbeiterschaft sich weigert, bei Händlern zu kaufen, deren Söhnen in Uebermacht auf wehrlose Arbeiter Helzigmaden.

Ob die Verantwortlichen für derartige Gehirnverkleisterung, die Genossen um Sonder, nochmals lernen werden, allein für die Klasseninteressen des Proletariats zu stehen, mag dahingestellt bleiben. Was wir aber bestimmt wissen, ist: Die Anhänger der Eisernen Front werden unter dem Druck des zusammenbrechenden Kapitalismus die proletarische Einheitsfront vorbereiten und dem Sozialismus durch den außenparlamentarischen Einsatz aller Kräfte zum Siege verhelfen!

Leipzig

Pletemesse 1932

Die am Sonntag, den 28. August, beginnende diesjährige Leipziger Herbstmesse steht noch mehr als die Frühjahrmesse im Zeichen des kapitalistischen Niedergangs. Ausländische Besucher oder Aussteller werden so gut wie gänzlich ausbleiben. Um die Messe nicht ganz ausfallen zu lassen, hat sich die Reichsbahn auf Druck der hiesigen Behörden entschlossen, allen Besuchern eine starke Fahrpreismäßigung zu gewähren, um überhaupt einen Anreiz zum Besuch zu geben. Während alle Ausstellungen geschrumpft sind, hat man lediglich die Reklamemesse erweitert. Man verspricht dort vieles „Neues“ zu zeigen. Vor allen Dingen auf dem Gebiete der Kundenwerbung und der Schaufensterdekoration. Es gibt, so scheint es, noch immer solche arme Mascherl, die da meinen, diese Krise ließe sich durch eine entsprechend stärkere Dosis Reklame heilen. Lassen wir sie bei ihrem Traum. Den Leipziger Arbeitern war die Mustermesse der letzten Jahre ein gutes Barometer für den ständigen Abstieg des Kapitalismus.

Radschieben — verboten

Die neue Verkehrsordnung des Leipziger Polizeipräsidiums steht unter der Devise: „Wie starkt man den städtischen Finanzsäckel?“ Die allererdenklichsten Schikanen, vor allem gegen kleine Leute, Radfahrer usw., sind festgelegt, um möglichst viel Geldstrafen einzutreiben. Unter anderem ist auch verboten, nach Eintritt der Dunkelheit ein Rad unbeleuchtet an der Hand zu führen. Bis jetzt war dem tagsüber ohne Lampe Ausfahrenden und abends ohne Licht Heimkehrenden immerhin noch möglich, dem strafenden Arm der heiligen Hermendud zu entweichen. Das wird nun anders. Entweder man läßt sein Rad da, wo man von der Dunkelheit überrascht wird, liegen, oder aber man trägt seinen Obolus zur Entschuldigung der Gemeinde bei. Wie herrlich weit wir es schon gebracht haben. 1932 eine gelarnte Radfahrsteuer! Radfahrer, lerne zahlen, ohne zu klagen.

Dresden

Kauft bei Schuh-Oestreich
das billige Schuhhaus Dresdens

Verkaufsstellen:

Jahnstraße 5, am Wettiner Bahnhof
Frauenstraße, Ecke Schössergasse
Königsbrückerstraße, am Albertplatz
Ochaterstraße 13
Poststraße, neben Li-Mu

Rotschau i. V.

Turnverein „Vorwärts“, Rotschau i. V.
am Sonntag, den 28. August ab 14 Uhr
Sommer- und Kinder-Fest
Teilnehmergebühr pro Kind 30 Pfg.
dafür
Geschenk, Würstel, Päckel, Freifahrten.
Herzlichst ladet ein: Der Turnrat.

SIV-Sporttag

Unter Anwesenheit aller Gruppen fand am vergangenen Sonntag an Stelle des wegen des Bürgerfriedens ausfallenden Landesjugendtages ein Sporttreffen der Leipziger Genossen in Klinge statt. Den ganzen Tag über entwickelte sich auf den Herbergswiesen in Klinge ein reges Treiben. Provokierende Nazis konnten es sich nicht verkneifen, unsere Genossen beim Baden zu belästigen. Lediglich einige Blaublümlein-Romaniker verhinderten, daß den Brüdern die entsprechende Abreibung gegeben wurde. Dafür wurden sie schon belohnt. Auf der Rückfahrt überfielen die Nazi-Banden eine Kinderfreunde-Gruppe. Unsere dazukommenden Genossen, die die Nazis zur Rede stellten, wurden mit den Revolvern bedroht. Audi hier fanden sich einige SA-Funktionäre, welche nichts Eiligeres zu tun hatten, als die Polizei zu rufen. Das Ergebnis konnten wir im voraus erraten. Man ließ die Nazis nach Namensfeststellung laufen. SAJ-Genossen! Erkennt endlich, daß nur die proletarische Selbsthilfe der Nazi-Pest Herr werden kann. Fordert mit uns das Kampfbündnis aller Arbeiterorganisationen!

Freital

SPD-Hilfsstellung

Wir haben seinerzeit berichtet, daß gegen die hiesige sozialdemokratische „Volkszeitung“ eine Bombe geworfen wurde. Wo die Täter zu suchen sind, darf nach all den von Nazibanden nach dem 31. Juli verübten Terrorakten als gerichtsmotorisch beurteilt werden. Nur in den Amtsstuben des sozialdemokratischen Stadtrats hat sich noch nicht herumgesprochen, daß Nazis als Täter der unzähligen Bombenanschläge angesprochen werden. Der in seiner Mehrheit sozialdemokratische Stadtrat von Freital sandte an den Vorsitzenden des Erwerbslosenrats folgenden Schreibbrief:

„Auf Grund von § 1, Absatz 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. 6. 32 wird hiermit verboten, in der für heute Abend 19.30 einberufenen Versammlung die Behauptung aufzustellen, daß das gegen die hiesige Volksbuchhandlung gerichtete Sprengstoffattentat von Angehörigen der NSDAP verübt worden ist.“

Da die Täterhaft noch nicht feststeht, ist eine solche Behauptung als Aufreizung anzusehen und geeignet, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören.

Der Rat der Stadt Freital

Was sagen die sozialdemokratischen Mitglieder zu dieser offensichtlichen Hilfsstellung für die braunen Arbeitermörder durch den vom SPD-Bürgermeister Klimpel geführten Stadtrat?



Versammlungskalender.

Dresden: Zentral-Mitglieder-Versammlung, Mittwoch 31. August, 20 Uhr, im Volkshaus, Kinosaal. Thema: Die letzten politischen Ereignisse.
Leubus-Niedersedlitz: Mitglieder-Versammlung, Dienstag, 30. August, 20 Uhr, in Lehmanns Restaurant, Zschachwitz, Simonstr. Thema: Was trennt uns von der KPD.
Radabreit: Mitglieder-Versammlung, Sonnabend, 3. September, 20 Uhr, Scharfe Ecke. Thema: Lenin über Taktik der Arbeiterbewegung.

Rotschau.

Am Sonntag, den 28. August, hält der Turnverein Vorwärts Rotschau sein Sommer- und Kinderfest ab, das trotz der schwarzen Zeit allen Besuchern einige frohe Stunden gewähren wird. Für die 30 Pfg. Teilnehmergebühr erhalten die Kinder den doppelten Wert in Form von Geschenken: Würstel, Päckel und Freifahrten. Auch sonst sind noch Überraschungen zu erwarten. Kinder von Gästen erhalten dieselben Vergünstigungen.

Mitarbeiterin der SAZ sucht Oktober, spätestens Ende Dezember

in Dresden, bzw. Chemnitz-Sa.
2-Zimmer-freiwohnung gegen
Stellung von Mobiliar für Wohn-
Schlafzimm. u. Küchenrichtung

Günstige Gelegenheit zur gemeinsamen Haushaltsführung für intellektuellen Genossen

oder Tauschwohnung an kinderlosen
Beamten in Plauen-Vogtland

Stadtmitte, 3 Zimmer, Küche und reichl. Zubehör, Friedensmiete 500.— RM. Erwünscht ist Wohnung mit Bad, elektr. Licht, Zentrumsnähe. Entgelt unter „Schriftstellerin, SAZ“, an die Geschäftsstelle der Zeitung.

Klingenthal i. Vogtl.

Schusters Restaurant
6 Minuten von Bahnhof
Pächter Otto Meinel
Schön gelegen. Herrliche Wald-
umgebung. — Gesunde Zimmer.
Musikalische Unterhaltung. Gut-
gepflegte Biere. Preiswerte Küche.

Werbi
für die

SAZ

„Das Abortarium“

Nachstehender Abschnitt ist dem bei Rowohlt erschienenen interessanten Buch „Eine Frau erlebt den roten Alltag“ von Lilly Körber entnommen, welches wir in einer der nächsten Nummern der SAZ besprechen werden. Lilly Körber ist eine junge Wienerin, die ein Jahr lang in der Traktorenabteilung der Pultowerwerke als Metallarbeiterin gearbeitet hat. Sie hat ihre Erlebnisse und Beobachtungen des russischen Alltags in dem eben genannten Tagebuch niedergelegt.

Von der Treppe aus geriet ich sofort ins Empfangszimmer, wo die Frauen warteten; an der Wand hing eine bunte Plakate. Links wurde die Operation in Bildern dargestellt und erklärt, daß ein Hörer und Seher verging. Rechts eine Ausstellung von Empfängnis-Verhütungsmitteln in allen Größen und Farben mit erläuterndem Text. An der rückwärtigen Wand Glasbehälter mit Embryonen verschiedenen Stadien, je größer, desto hübscher. Ueber der Tür hing eine Devise — sie fehlen niemals in einer Sowjetinstitution: „Diese Abtreibung sei die letzte“. An der Tür sah eine kleine Chinesin und erbrach ins Taschentuch. Eine Gruppe Frauen unterhielt sich über Schwangerschaften.

„Sie wollen sich untersuchen lassen?“ wendete sich die Schwester an mich. „Dann gehen Sie in die Toilette und ...“

„Nein, ich bin gesund“, sagte ich schnell. Wie dumm, fiel mir plötzlich ein, als ob Schwangerschaft eine Krankheit wäre. „Ich will die Aertzin Ludmilla Nikolajewna sprechen.“ Die Schwester ging hinein, mich anmelden.

„Ludmilla Nikolajewna läßt bitten!“ Die Schwester öffnete die Tür zum Ordinationszimmer.

Ludmilla Nikolajewna trug einen weißen Kittel, in dem sie jünger und hübscher aussah. Es waren noch einige Aertzinnen da und Patientinnen, die Schlange standen. Ohne sich zu genieren, legten sie sich, eine nach der anderen, auf den Untersuchungsstuhl — das Schamgefühl ist bei den Russinnen stark, aber nur gegenüber dem anderen Geschlecht.

„Zwei Monate“, sagte die Aertzin kaltblütig und warf den Gummihandschuh in einen Wasserbehälter. Die Frau blieb teilnahmslos.

„Gut, daß Sie jetzt kommen, meine Liebe“, begrüßte mich Ludmilla Nikolajewna. „Ich muß sofort in den Operationsaal, habe nur auf Sie gewartet. Schwester, geben Sie der Genossin einen Kittel.“

Auf dem Wege zum Operationsaal erzählte mir Ludmilla Nikolajewna, daß der Eingriff hier nur vorgenommen werde, wenn eine soziale oder medizinische Indikation vorliege. Ist dies nicht der Fall, so hat die Frau zwar immer noch das Recht, sich die Leibesfrucht von einem Privatarzt nehmen zu lassen, es kostet sie aber viel, während der Betrag, den sie für Operation und dreitägigen Aufenthalt in der Klinik einschließlich Verpflegung und Behandlung zu zahlen hat, ganz geringfügig ist. Allerdings ist auch hier der Preis je nach dem Gehalt der Frau oder des Mannes gestaffelt.

Im Vorsaal werden die Instrumente ausgekocht. Der Operationsaal ist groß, mit gefliestem Boden, weiß gefärbten Wänden. Moderne Hygiene ersetzt die Romanik der Hintertreppe, den sauren Geruch billigen

Essens und getragener Wäsche, der vorzüglich auf- und zugedrückten Türen, des gedampften aber verweilenden Handelns mit der dicken schmutzigen Hebamme, die Romanik der durchstochenen Gebärmutter und des leisen Verblutens auf einem wackeligen Sofa.

Die Patientinnen erscheinen in langen Hemden, sie sehen aus wie die ersten Christinnen, die den Löwen vorgeworfen wurden, nur singen sie keine Psalmen. Merkwürdig, sie geben keine besonderen Zeichen von Angst oder Aufregung, auch hier wirkt sich das Kollektiv günstig aus: sie sehen, wie ihre Leidensgefährtinnen aus dem Operationsaal getragen wurden und hören von ihnen, es sei „nicht so schlimm“, sie wußten, daß diese nach einigen Tagen gesund die Klinik verlassen. Tödlicher Ausgang ist so gut wie ausgeschlossen.

Die Aertzinnen sind außerordentlich geschickt. Mit langen, stumpfen Instrumenten wird die Gebärmutter geweitet, Blut fließt, die Patientin stöhnt. Dann beginnt die eigentliche Auskratzung, die Metallschlinge holt blutige Fleischklumpen aus dem Leibe der Frau heraus. Die Unerbittlichkeit der Natur offenbart sich in ekelregender Weisheit und doch ist der Wille des Menschen stärker als die Materie, heute verfügt die Frau frei über ihren Körper, und wenn die Technik und Aufklärung weiter fortgeschritten sind, werden sich auch die Sexualvorgänge so regulieren lassen, daß diese Eingriffe überflüssig werden.

Neben einer ehrwürdigen Familienmutter mit schwerem, aufgedunsenem Körper liegt ein junges, etwa schätzjähriges Mädchen. Die schwarzen Haare kleben verwirrt an der feuchten Stirn, die ganze Gestalt zuckt vor Schmerzen auf, der Atem geht keuchend.

„Ach, Liebster!“ ruft sie plötzlich, „wenn du wüßtest, wie das weh tut!“

„Oleich, mein Täubchen, gleich sind wir fertig“, beruhigt die Aertzin.

Der Oberarzt kommt in den Operationsaal, begrüßt mich und fragt, wie es mir gefällt. Entsetzt starre ich ihn an: „Gefällt Sie sprechen von gefallen, Sie Gemütsmenschen!“

„Sie ist ja grüner als die Patientinnen!“ lacht die eine der jungen Assistentinnen, die den Spiegel hält und der Aertzin die Instrumente reicht.

Der Oberarzt scheint verstimmt. „Gehen Sie in unsere Ausstellung und schauen Sie sich die Säbchen und Haken an, mit denen die Frauen sich früher von Pflückerinnen helfen ließen — bei ihnen im Ausland tun sie es noch immer — und Sie werden verstehen, was unser Abortarium für ein Segen ist.“

„Aber warum geben Sie den Frauen keine Narkose?“

„Die Folgen der Narkose sind oft unangenehmer als der ganze Eingriff... und er dauert nur wenige Minuten, unsere Aertzinnen haben große Übung!“

„Kommen Sie her, meine Liebe“, ruft Ludmilla Nikolajewna, „sehen Sie diese Patientin, sie hat schon einige Geburten gehabt und es macht ihr nichts aus. Es ist nur das erste Mal so schmerzhaft.“

Scheinbar fürchtet Ludmilla Nikolajewna, daß ich einen ungünstigen Eindruck gewonnen habe. Ich näherte mich der Frau, der es nichts ausmacht, sie liegt da, mit verzerrtem Gesicht und beantwortet mit stockender Stimme die Fragen der Aertzin: Wieviel Kinder sie habe, wo sie arbeite usw. „Sie hat mich geachtet, mit ihr während der Operation zu sprechen“, sagt Ludmilla Nikolajewna.

„Welchen Eindruck haben Sie von unserer Klinik empfangen?“ fragte Ludmilla Nikolajewna.

„Ich habe ein Kreuzheitsgefühl abgelegt.“

„Sie sind zu subjektiv, liebe Genossin.“

„Die soziale Seite ist natürlich wunderbar, die Möglichkeit, daß so etwas auf diese hygienische Art erledigt wird, aber die Sache selbst...“

„Glauben Sie vielleicht, daß wir Verfechter der Abtreibung sind? Unsere Regierung bekämpft sie mit allen Kräften.“

„Die Sowjetregierung bekämpft die Abtreibungen, wie es bei uns geschieht? Nicht möglich!“

„Gewiß, aber mit anderen Mitteln. Mit weitgehendstem Mutterschutz, dem Ausbau von Krippen und Kindergärten, der Linderung der Wohnungsnot. Es sind meistens wirtschaftliche Gründe, die eine Frau zur Frucht- abtreibung zwingen. Die Hebung der Lebenshaltung einerseits, die Verbreitung von Verhütungsmitteln andererseits werden die Abortorien eher „entvölkern“, als Paragraphen und überhaupt, wie darf man eine Frau zum Gebären zwingen, wenn die Existenz des Kindes nicht sichergestellt ist?“

„Fragen Sie die kapitalistischen Staaten, teuerste Ludmilla Nikolajewna, aber bitte identifizieren Sie mich nicht mit ihnen. Das tun Sie und ihre Landsleute mit Vorliebe, weil Sie so gern diskulieren und einen Oegner dazu brauchen.“

Schwerer Unfall auf der Zeche Stinnes III/IV

Oladbeck, 25. August.

Auf der Zeche „Matthias Stinnes III/IV“ platzte während des Schichtwechsels am Füllort eine der großen Luftdruckleitungen, durch die bis auf sechs Atmosphären komprimierte Luft in den Schacht befördert wird. Durch den ungeheuren Luftdruck wurden eine Anzahl der am Füllort beschäftigten Bergleute sowie mehrere Bergleute, die gerade mit dem Förderkorb vor Ort ankamen, verletzt. In zwei Fällen waren die Verletzungen so schwer, daß die sofortige Überführung ins Krankenhaus notwendig wurde.

Fördersseil gerissen

Ruda, 25. August.

Auf der Wabel-Wolfgang-Grube in Ruda wurde während der Einfahrt der Arbeiter zur Morgenschicht ein Anschlag auf den Förderkorb verübt. Als die Förderschale sich auf der 200-Meter-Sohle befand, riß plötzlich das Seil. Der Förderkorb, in dem sich glücklicherweise niemand befand, sauste in die Tiefe. Die 960 Mann starke Belegschaft mußte durch Nebenschächte einfahren. Man ist allgemein der Ansicht, daß das Unglück durch Sabotage hervorgerufen worden ist.

Wir teilen diese Ansicht nicht. Glauben vielmehr, daß es hier wieder einmal — wie es sonst im Bergbau üblich ist — an der nötigen Vorsicht bzw. an den notwendigen Kontrollmaßnahmen gemangelt hat.

Großfeuer in Wien

Wien, 25. August.

In der in der Vorstadt Favoriten gelegenen Öllampenfabrik Geiz & Co. brach

ein Großfeuer aus. Die Nachbarhellen gefährliche auch aus unbekanntem Grundem ein len sich deshalb so schwierig, weil es zu verhindern galt, daß die zahlreichen mit komprimierter Säure und Sikkstoff gefüllten Stahlflaschen sowie ein riesiger Doppelgaometer in dem Werk explodierten, da sonst unabsehbare Folgen hätten entstehen können. Der Feuerwehrgelung gelang es in letzter Minute, sich zu dem von einem Flammenwall umgebenen Stahlflaschenlager vorzuarbeiten. Um 2 Uhr früh war der Brand gelöscht.

Vier Opfer der Mosel

Beim Schwimmen an einer ungefährlichen Stelle in der Mosel wurde ein 72 Jahre alter Lehrer zur Metternich bei Koblenz vom Herzschlag getroffen und ertrank. Etwas weiter oberhalb in der Mosel ertrank ein Wanderbursche aus dem Ruhrgebiet. Zwei kleine Mädchen, Schwestern im Alter von 8 und 9 Jahren aus Graach, die das Vieh auf der Weide beaufsichtigen sollten, wagen sich in die Mosel und ertranken ebenfalls.

Selbstmord

Marcellus Schiffers

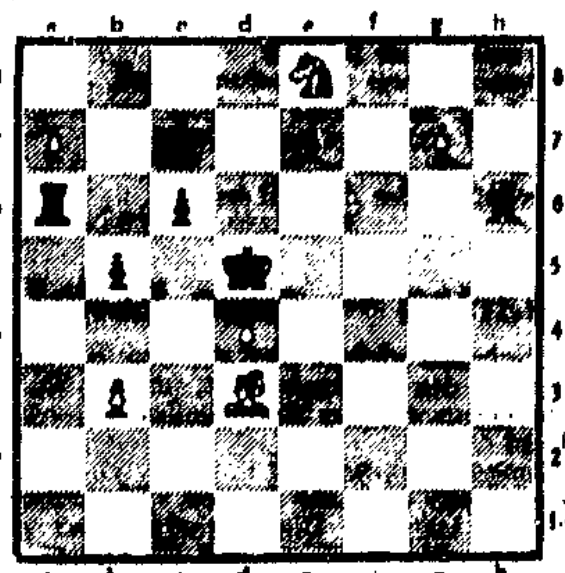
Der bekannte deutsche bürgerliche Revuedichter Marcellus Schiffer beging soeben in seiner Wohnung in Berlin Selbstmord. Man nimmt nach der ersten Untersuchung an, daß er durch Einnehmen eines starken Schlafmittels seinem Leben ein Ende gesetzt hat. Wie uns berichtet wird, hatte Schiffer bereits vor einer Woche einen Selbstmordversuch unternommen.

Schach

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Breslau
Zuschriften sind zu richten an P. Bürgel,
Breslau 6, Hildbrandstr. 8

Original

Aufgabe Nr. 7 W. Nitschke Breslau



Matt in 2 Zügen

Lösungen:

Aufgabe Nr. 4 (E. Michel): Weiß: Kb2, Df3, Te2, Sb4, d6, Lg2, Bc5, f6, e3, g3, h5; Schwarz: Ke5, Le4, Bb3, b6, d3, d5, f6 — 3. Zug, matt. 1. Lg2—h3 Ke5—e6, 2. Lh3×f5+, Le4×Lf5; 3. Df3×Lf5 matt. 1. ... Le4×Df3; 2. Sb4—d3+, Ke5—e6; 3. Lh3×f5 matt.

Aufgabe Nr. 5 (E. Löbel): Weiß: Kc8, Dg5, Th3, Sb7, d6, Bh7; Schwarz: Kc6, Ta2, h6, Le3, Bc1, g4, Bb3, b6, d3, d5, f6 — 3. Zug, matt. 1. Sd6—f5! Dr. 2. Sd4 matt. 1. ... Se1—c2; 2. Dg5—c1 d5—d4; 3. Dc1—h1 matt. 2. ... Lc3; 3. Sd8 matt. 2. ... L×Dc1; 3. Sd4 matt. 1. ... Sf3; 2. T×Sf3 usw. — Ein scharf hervorgehobenes Ideenspiel! Zweifache Linieneröffnung ist nötig, um der Dame zu eleganter Kraftentfaltung Gelegenheit zu geben.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

27) Ein deutscher Roman
Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1938 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Das Flottenkommando beschließt, eine Reihe von Massenverhaftungen durchzuführen. Der Dampfer „Frankfurt“ vom Norddeutschen Lloyd wird zur Unterbringung einer großen Anzahl von Leuten bestimmt. Die Arrestanstalten von Wilhelmshaven sollen weitgehend freigemacht werden. Zwecks Durchführung der Verhaftungen werden Hafendampfer requiriert. Zur Verhaftung der Meuterer auf „Helgoland“ und „Thüringen“ wird ein besonderer Plan ausgearbeitet, für den eine kriegstarke Kompanie Seesoldaten ein Torpedoboot und ein U-Boot gestellt werden. Die Boote bekommen den Auftrag, nötigenfalls mit Granaten in die Vorbatterie in der die Meuterer sich verschanzt haben, hineinzuschleusen. Der Chef des III. Geschwaders, zu dem auch der „Große Kurfürst“ gehört, erhält die Erlaubnis, mit seinen Schiffen nach Kiel zu fahren. Der Admiral erklärt, seine Leute wieder fest in der Hand zu haben, und in Kiel würden sie auf andere Gedanken kommen.

Am nächsten Tag werden die Verhaftungen durchgeführt.

Der mit den Verhafteten von der „Thüringen“ zurückkehrende Hafendampfer wird von den Mannschaften der ankommenden Flotte mit „Hurra“ begrüßt. Die Matrosen des Flaggsschiffes „Friedrich der Große“ dippen vor den vorbeifahrenden Meuterern die Flagge.

Zur selben Zeit geht die schnelle Division „Anker auf“.

Die vier Schiffe verlassen die Jade. Am Rote-Sand-Leuchtturm wechseln sie Kurs, dampfen die Elbe hoch und schleusen bei

Brunsbüttelkoog in den Nord-Ostseekanal ein.

Langsam ziehen die Schiffe durch den Kanal, zwischen den flachen Feldern Schleswig-Holsteins dahin.

Die Matrosen machen wie immer ihren Dienst.

Die Heizer bedienen wie immer die Feuer. Die Unteroffiziere singen wie immer Befehle aus.

Wie immer winkt an der Böschung ein Bauernmädchen.

Auch die Gerichtsoffiziere arbeiten wieder und beginnen mit Massenverhören.

Die Mannschaft ist nach den Zusammenrottungen der Nacht wieder in Teile, in tausend einzelne, zerfallen, die jeder für sich Rede und Antwort zu stehen haben. Die aufgerufenen Heizer und Matrosen kommen gehorsam und machen ihre Aussagen. Aber mit den Aussagen kann der Gerichtsherr nicht viel anfangen. Alle Beschuldigten sagen dasselbe aus, und alle verschanzen sich hinter das Dunkel, in dem die Ereignisse sich abspielten:

„Ich habe erzählen hören, aber es war alles finster, und so konnte ich niemand erkennen — ja, das hat jemand gerufen, aber mit verstellter Stimme — alle liefen in den Heizraum runter, und da bin ich eben mitgelaufen; unten habe ich nichts gesehen, da war das Licht aus — ich habe an der Versammlung in der Vorbatterie nicht teilgenommen, ich ging dahin, weil ich austreten mußte; es stand eine Menge Menschen herum, aber ich sagte mir, ich will mit der Sache nichts zu tun haben. Nein, auf einzelne kann ich mich nicht entsinnen — ich habe in einzelnen Taschen Patronen klappern hören, aber mein Leben ist mir lieb, darum blieb ich in meiner Hängematte. Der Matrose Sonnenkalb, der neben mir schläft, kann das bezeugen — es wurde gerufen, Heizerfreiweache in den Heizraum. Ich dachte, es ist ein Befehl, da bin ich eben mitgelaufen —“

Jakob Bonczyk ist an der Reihe.

„Aber Sie waren doch auf Wache. Sie müssen doch gesehen haben, wie sich alles zugetragen hat, Bonczyk!“

„Ich bin doch Trimmer, und da habe ich Asche zu heiven. Ich war an Deck mit den Aschepützen zugange und denke dabei an gar nichts. Und mit einem Male werden unten keine Pützen mehr an den Haken gehängt und keine Asche kommt mehr nach oben. Und wie ich dann runtergehe und unten ankomme, da ist alles voller Leute!“

„Da waren also auch fremde Leute, die nicht in den Heizraum hineingehören?“

„Ja, da waren wohl auch fremde Leute dabei.“

„Na, also, wen haben Sie zum Beispiel gesehen?“

„Da waren viele, aber das Licht war doch aus und alles dick voll Dampf, daß ich überhaupt nichts sehen konnte.“

Der Gerichtsoffizier stöhnt:

„Abtreten! Der Nächste!“

Der Nächste ist Raumschuh.

Raumschuh ist noch immer der Meinung, daß die Zeit des „Versteckspiels“ vorbei sei. Er steht vor dem Untersuchungsrichter und antwortet auf die Fragen: „Jawohl, ich habe mich am Feuerherausreißen beteiligt. Ich hielt den Vorstoß für zwecklos. Nach meiner Meinung hätte er auch die Friedensverhandlungen gestört — jawohl, ich war mir bewußt, daß ich mich durch mein Verhalten strafbar mache, aber ich konnte innerlich einfach nicht dagegen angehen!“

„Danke, das genügt vorläufig!“

Der Gerichtsoffizier läßt Raumschuh abführen.

Endlich einer, der ausgesagt hat — aber die ändert! Er hat eine Liste von über hundert Beschuldigten vor sich liegen, die man erst in tage- und wochenlangen Vernehmungen und in der Einzelhaft Jes Untersuchungsgefängnisses wird mühe machen können. Und der Kriegsgerichtsrat beginnt zu ahnen, daß Deutschland nicht mehr genug Gefängnisse für die immer größer werdende Menge von Uebertretern der Kriegsgesetze zur Verfügung hat.

Abends fährt das Geschwader in den Kieler Hafen ein.

„Markgraf“, „Kronprinz“ und „Großer Kurfürst“ machen auf der Reede an den Bo-

jen fest. SMS „König“ fährt weiter bis in die Werft, um in das große Schwimmdock einzuschleusen.

An dem Abend bekommt niemand Urlaub. Nur die Barkasse wird klargemacht und bringt den Kommandanten und den Gerichtsoffizier an Land. Am nächsten Morgen legen Hafendampfer neben den Schiffen an — wie in Wilhelmshaven besetzt von Seesoldaten mit aufgepflanzten Seitengewehren.

Die Heizer und Matrosen, die nicht auf ihren Stationen sind, liegen noch in den Hängematten. Einzelnen werden sie an Deck heraufgerufen und von den Soldaten festgenommen. Vom „Kurfürst“ werden hundertzwanzig Verhaftete abgeholt, vom „König“ zweihundert, vom „Kronprinz“ auch zweihundert und vom „Markgraf“ zweihundertfünfzig. An den Landungsbrücken steht noch eine weitere Kompanie des Seebataillons unter Gewehr. Auf beiden Seiten von schwer bewaffneten Soldaten eskortiert, setzt der lange Zug sich in Bewegung. Fast tausend Mann, die Heizer dreckig und in Holzpantinen, die Matrosen in grauen Taktel-päckchen. In Viererreihen trotten sie durch die Straßen.

Sprechen ist verboten!

Umdrehen ist verboten!

Zwiderhandlungen werden mit Kolbenstößen bestraft. Der Festungskommandant Kapitän zur See Heine, überwacht persönlich die Ausführung der strengen Befehle. Der Zug bewegt sich, von den Landungsbrücken kommend, den Diesterbrooker Weg entlang und dann über den Lorentzendamm zur Feldstraße hin, in der sich die größte Arrestanstalt Kiels befindet. Das Arresthaus kann nur einen Teil der Verhafteten aufnehmen, der größte Teil wird weitergeführt nach den Forts, die schnell in Gefängnisse umgewandelt worden sind.

Ueber den Häusern, die den Weg säumen, liegt ein schwerer unbewegter Himmel. Die Werftarbeiter mit ihren Kaffeekannen unterm Arm und die Frauen auf dem Wege zu den Pulvermagazinen bleiben stehen und sehen dem langen Gefangenenzug nach. (Fortsetzung folgt.)

Kleiner Demonstrations-Song

Schritt um Schritt
Wer mit uns ist, der schreitet mit.
Heran Prolet! Und Straße frei!
Die Frauen und Kinder auch herbei!
Der Vater geht im festen Trill
Schritt um Schritt!

Die Männer sagen:
Unser Zuhause ist dürrig und kalt.
Was Heimat ist, haben wir längst vergessen.
Die Frau, die wir lieben, wird vor der Zeit mit
Wir leben von kurzem und schlechtem Essen.

Tagüber sind wir in der Wärmestube
Und spielen Karten ohne Verlust und Gewinn.
Männer erzählt von Werkstatt und Grube,
Aber von der Vergangenheit reden hat wenig
Sinn.

Drum Schritt um Schritt
Wer mit uns darbt, der schreitet mit.
Zu uns Prolet! Und Straße frei!
Ich bin dabei, du bist dabei!
Die Reihen formiert und fest im Trill
Schritt um Schritt!

Die Frauen sagen:
Unsere Küche ist leer und kalt.
Nicht im Topf wird langsam gar.
Ohne richtiges Essen ist schlechter Halt.
Auch das Fleisch von der Freibank ist rar.

Unsere Tage gehen hin unter Sorgen
Mit schmutziger Arbeit und keinem Gewinn.
Auf Lurusgedroschen gibts wenig zu borgen.
Doch darüber klagen hat keinen Sinn.

Drum Schritt um Schritt
Wer mit uns hungert, schreitet mit.
Für uns Genossen Straße frei!
Ihr seid dabei, wir sind dabei!
Und treten an in gleichem Trill
Schritt um Schritt!

Alle sagen:
Wir marschieren für eine Welt,
In der es an Brot und Arbeit nicht fehlt,
Wo für alle die Frucht auf dem Felde bestellt.
Wo jeder als Mensch lebt und etwas zählt.

Doch sind wir uns alle darüber klar:
Wir müssen kämpfen, um das zu erleben.
Die Fahne des Sieges ist die der Gefahr,
Und rot ist die Fahne, die wir erheben.

Drum Schritt um Schritt
Wer unsern Sieg will, schreitet mit.
Und ist die Menschheit einstens frei,
Dann heißt es: warst auch du dabei?
Denn mit uns geht in festem Trill
Die proletarische Zukunft mit.

Walter Steinbach.

Kleines politisches Kabarett

Tollkühner Plan

Wie sich allmählich herausgesprochen hat,
ist Adolf Hitler nicht Reichspräsident gewor-
den. Da er aber auf jeden Fall von höchster
Stelle aus eine Rede halten will, beabsichtigt
er, am nächsten Hörsaal des Professors
Piccard teilzunehmen. (Die Ente.)

Republikanisches

Als ich neulich durch ein ostpreussisches
Nest fuhr, sah ich auf einem Bauernhaus eine
schwarz-rot-goldene Fahne wehen.
Der Zufall wollte es, daß ich den Besitzer
des Hofes im Gasthaus kennenlernte. Wir
kamen ins Gespräch, und schließlich wollte
ich wissen, warum er eigentlich geflaggt hätte.
„Das mit der Fahne hat so seine Bewandt-
nis“, erklärte der Bauer, pflügend lüchelnd. „Sie
müssen nämlich wissen, daß ich ziemlich gut
versichert bin ... na, und bei Republikanern
darf unsere Feuerwehr nicht löschen.“

Um die Liebesknochen

In der Stadt Berlin an der Polente wurden
gestern auf Grund der neuen Sitten-Notver-
ordnung 34 Konditoreien und Bäckereien
wegen des Feilhaltens von „Liebesknochen“,
einer stangenartigen, schokoladenübergossenen,
cremegefüllten Gebäcksorte, polizeilich ge-
schlossen. Die Betroffenen haben sich zur
Vorbereitung eines Abwehrstreikes zusamen-
geschlossen. (Die Ente.)

Sein Morgenrot

Jochen, ein klassenbewußter Ländarbeiter,
putzt das Reitpferd des Gutsbesitzers. Dabei
summt er gedankenlos ein bekanntes Soldaten-
lied vor sich hin. Der Gutsbesitzer tritt hinzu.
„Heute noch auf stolzen Rossen — morgen
durch die Brust geschossen ...“ singt Jochen
gerade.
„Na, da sieht man doch mit Freude, wie
der neue Geist um sich greift“, meint der
Herr spöttisch, „wenn du als bekannter Roter
schon so etwas singst“.

„Wieso?“ antwortet Jochen schlagfertig.
„wer von uns beiden sitzt denn auf stolzen
Rossen?“

Der Gutsbesitzer fängt seit dieser Zeit keine
Diskussion mehr mit Jochen an. (Roter Pfeffer.)

A In Doorn

„Seit der Knulken ihr Mann Nazi ist, trägt
sie die Haare a In Doorn.“
„Is dat ne neue Mode?“
„In Jejeentje, ne Janz alte: Der Willem
kommt wieder zu Ehren...“

Stimme aus dem Dunkel

Vor der flimmernden, tönenden Leinwand
im Arbeiterviertel. Es läuft einer der stink-
fahlen Bildstreifen, die sich die Proleten immer
noch gefallen lassen. Aber manchmal reißt
die Geduld. So bei dieser Stelle: Die ebenso
dämliche wie schön bemalte Diva räkel sich
unglücklich in ihrem traumlichen Schlafkäm-
merchen. Von wegen Herzenskummer und Lange-
weile. Sie jammert: „Hewas soll ech nor be-
gennen, ech ben krank vor Liebesschnierz?“
In der billigen Reihe ganz vorn, tönt aus rauher
Arbeiterkehle die Antwort: „Een Jahr Wohl-
fahrt, dann biste jehellt!“

Der Unsichtbare

Ein sächsischer Urlauber geht 1917 in
Dresden friedlich die Straße entlang.
Plötzlich brüllt ihn ein General an: „Donner-
wetter, Kerl, können Sie denn nicht grüßen?“
„Ach, entschuldichn Se, Herr Leutnant,
ich — — —“
„Was? Leutnant?“
„Herr Hauptmann, ich — — —“
„Was? Hauptmann?! Haben Sie denn
keine Augen? Sehen Sie denn nicht, wer ich
bin? Ich bin General, Kerl!“ Seine Stimme
überschlägt sich.
Der Urlauber: „Verzeihn Se, Herr General,
ich bin zweitreiviertel Jahr im Schützengraben
kewässn, aber ich hab Sie dort nie kesähn.“
(„Roter Pfeffer“)

Wie Karl V. die deutsche Kaiserkrone kaufte

Ein Blick hinter die Kulissen der Fürstengeschichte

In Schullesebüchern stehen rührselige Ge-
schichten über die Feierlichkeiten bei Kaiser-
wahlen im alten Deutschland. Wie Kaiser-
kronen in Wirklichkeit erworben
wurden, steht nicht drin.

Schon im späten Mittelalter, zur Zeit des
Frühkapitalismus waren für politische Ent-
scheidungen der herrschenden Klassen die
Geschäfte entscheidend, die hinter den Kul-
issen des politischen Theaters abgemacht
wurden. Die bürgerliche Geschichtsschreibung
will uns zuweilen weismachen, daß „Männer
die Geschichte machen“. In Wirklichkeit
machen nicht so sehr Männer als G e s c h ä f t e
die Geschichte der herrschenden Klassen. So
wie heute z. B. bei der Reichspräsidenten-
wahl der I. G. Farben trust höchstwahrschein-
lich nicht nur mit dem Namen eines seiner
Direktoren für Hindenburg eintrat, sondern
auch mit klingender Münze seine Wahl unter-
stützte, so war es ähnlich damals schon.

Wie kam Karl V., in dessen „Reich die
Sonne nicht unterging“, der nicht nur Erz-
herzog von Österreich war, sondern auch
über die reichen Niederlande, Burgund und
Spanien, ferner Teile Italiens herrschte, wie
kam er in den Besitz der deutschen Kaiser-
krone?

Nach einem alten Gesetz, der „Goldenen
Bulle“, hatten die weltlichen und geistlichen
Kurfürsten das Recht, den Kaiser des „Helli-
gen Römischen Reiches Deutscher Nation“
zu wählen. Schon zwei Jahre vor dem Tode
seines Vaters Maximilian begann der Kampf
um die deutsche Kaiserkrone zwischen Karl
und seinem Konkurrenten Franz I., dem
König von Frankreich, ein Kampf, der wie
so viele Kämpfe nicht mit den Waffen, sondern
mit G e l d geführt wurde. Es kam darauf an,

durch Geldgeschenke und Pensionen die Kurfürsten und deren Berater zu gewinnen.

Die Ansprüche Franz I. ließen die Kur-
fürsten ihre Forderungen in die Höhe schrau-
ben; sie konnten für die damalige Zeit ganz
gewaltige Vermögen einstecken. 1517, wie
schon gesagt: zwei Jahre vor dem Tod Maxi-
milians I., schickte Karl aus Spanien 94 000
Gulden für die Kurfürsten nach Deutschland.
Sein Vater kennt freilich seine Pappenheimer
besser, er schrebt an Karl, daß mindestens
noch 450 000 Gulden notwendig seien.

Aber auch diese Summe genügte nicht, die
Konkurrenz Frankreichs trieb den Preis in
immer größere Höhen. Die Geldgier der
Fürsten wurde so groß, daß z. B. der Kur-
fürst Joachim von Brandenburg noch im
letzten Moment ins französische Lager über-
ließ und so höchstwahrscheinlich von beiden
Seiten Geld nahm. Schließlich stiegen die
insgesamt gezahlten Aufwendungen für diesen
Zweck für Karl auf 850 000 Gulden. Diese
Summe hätte Karl niemals aufbringen können
ohne die Hilfe der F u g g e r, dem großen
Bank- und Handelshaus in Augsburg, ja man
kann geradezu sagen, daß die Fugger Karl
erst eigentlich zur Kaiserkrone verhalfen. Von
der Gesamtsumme gaben die Fugger 543 000,
die Welser, ein anderes deutsches Handelshaus

143 000 Gulden, verschiedene Genueser und
Florentiner Bankiers den Rest. Nicht nur die
Kurfürsten selbst schluckten diese Summen,
ihre Räte, die Fürsten, die Freiherren, die
Ritter bis hinab zu den Dienern, die ganze
einflußreiche Kamarilla an den Höfen der
Kurfürsten wurde durch Geldgeschenke gün-
stig gestimmt.

Franz I. erschlossen sich nicht so reiche
Geldquellen. Zwar verfügte er über geregelte
hohe Einkünfte, das Land war schon damals
straffer zentralisiert in der Verwaltung als
etwa Deutschland, in dem es drunter und
drüber ging; aber dafür fehlte ihm die aus-
schlaggebende Unterstützung der großen Ban-
kiers fast völlig, die damals beinahe allein über
größeres Bargeld verfügten.

Als nach all diesen Vorbereitungen schließ-
lich zur Kaiserwahl selbst geschritten wurde,
war sie mit all den feierlichen Zeremonien und
Reden

nichts als eine Komödie fürs Volk,
die den vorangegangenen Stimmenkauf vor-
decken sollte. Die Krönungsreise nach Aachen
wurde mit allem damals üblichen Pomp voll-
zogen, wodurch sich Karls Schulden bei den
Fuggern abermals um ein Erhebliches er-
höhten.

Wie es schon immer war: Die Zeche sollte
das Volk bezahlen, wozu es freilich keine

große Lust verspürte. Bald nach der Abreise
Karls aus Spanien nach Deutschland zur
Kaiserwahl brach eine

Revolution des spanischen Bürgerstandes

aus. Denn auf das Bürgertum, auf die kleinen
Handwerker, wurden damals all die Lasten
von dem herrschenden Bund des Adels, der
Geistlichkeit und der großen Handelshäuser
abgewälzt, die heute von eben diesem Bürger-
tum dem Proletariat aufgebürdet werden. Eine
der Forderungen des revoltierenden Bürger-
standes war ein Geldausfuhrverbot für Spa-
nien.

Die Zurückzahlung der zur Kaiserwahl be-
nötigten Darlehen machte Karl große Schwie-
rigkeiten. Für einen Teil ihrer Forderungen
wurden die Fugger auf die Grafschaft Tirol
und auf Spanien verwiesen. In Spanien be-
standen die an die Fugger verpackten Ein-
künfte vor allem aus dem Einkommen der
geistlichen Ritterorden, deren Großmeister
Karl V. war. Es waren die Abgaben der den
Orden gehörigen Landgüter aus denen sich
diese Einkünfte zusammensetzten; sie wurden
zum Teil in Geld, zum Teil noch in Natu-
ralien geleistet. Ferner wurden von den
Fuggern die Quecksilbergruben von Almaden
und die Silberminen von Guadalcanal zur Ab-
tragung der Schulden Karls in eigene Ver-
waltung übernommen, so daß sie eine ganze
Reihe eigener Vertreter zur Eintreibung der
verschiedenen Einkünfte in Spanien unter-
halten mußten.

Aber nicht nur bei der Kaiserwahl mußte
Karl V. um Kredite bei den großen Handels-
häusern nachsuchen, auch die zahlreichen
Feldzüge verschlangen viel Geld. Schon
Cicero im alten Rom wußte: „pecunia nervus
bellicae“ (das Geld ist der Nerv des Krieges).
Zur Zeit Karls V., im Zeitalter der Söldner-
truppen, stand dieser Satz geradezu im Mittel-
punkt der Volkswirtschaftslehre. Fast während
der ganzen Regierungszeit Karls verurteilten
nicht die Klagen und Vorstellungen der Gläu-
biger des Kaisers, daß die Rückzahlungen der
Darlehen nicht eingehen. Es kam dann meist
dazu, daß, wie wir schon bei den Fuggern
sahen, die Bankiers, die immer zugleich
Handelsherren und Unternehmer waren, auf
irgend welche laufenden Einkünfte des Kaisers
verwiesen wurden. Diese Geldgeschäfte er-
innern daher sehr an die Geschäfte des Zün-
dlerkönigs K r e u g e r in unseren Tagen, der
einer ganzen Reihe von Staaten Anleihen ge-
währte gegen die Einräumung von Monopolen
für seine Streichhölzer. Bei den Fuggern
war es wohl, soweit wir das heute übersehen
können, die Verpachtung der Ausbeuten aus
den kaiserlichen Kupfer- und Silbergruben,
auf die sie es in erster Linie abgesehen hatten.
Denn Handel mit Kupfer und Silber bildeten
eine alte Spezialität der Fuggerschen Handels-
unternehmungen.

Für die große

Machtstellung der Fugger

sei zum Schluß einiges aus einem Brief zitiert,
den Jakob Fugger an den Kaiser richtete, als
die Bezahlung der Schulden aus der Kaisers-
wahl fast vier Jahre nach der Wahl noch nicht
erledigt war. Er wurde Karl V. am 24. April
1523 in Valladolid übergeben; die Beziehungen
Karls zu den Fuggern wurden durch ihn nicht
wesentlich gestört, so sehr benötigte Karl V.
die Hilfe des Handelshauses der Fugger. Es
heißt in diesem Brief: „Eure Majestät wissen
ohne Zweifel, wie ich und meine Vettern bläher
dem Hause Österreich zu dessen Wohlfahrt
und Aufnehmen in aller Untertänigkeit zu
dienen geneigt gewesen bin, wodurch wir uns
auch veranlaßt gesehen haben, um Eurer
Majestät Ahnherrn gefällig zu sein und
Eurer Majestät die Römische
Krone zu verschaffen, uns etlichen
Fürsten gegenüber, die ihr Vertrauen und
Glauben auf mich und sonst niemand setzen
wollten, zu verschreiben, haben auch den
Commissaren Eurer Majestät zum gleichen
Zwecke eine bedeutende Summe
Geldes vorgestreckt ... Es ist
auch bekannt und liegt am Tage, daß Eure
kaiserliche Majestät die rö-
mische Krone ohne meine Hilfe
nicht hätten erlangen können,
wie ich denn solches mit eigenhändigen Schrei-
ben Eurer Majestät beweisen kann ...“
H. Jacobssohn-Fin.

Der lautlose Krieg

Neue Erfindungen auf dem Gebiete des Kriegswesens

Zwei ehemalige italienische Artillerie-
offiziere, De Luce und Guerra, haben vor
kurzer Zeit einer italienischen, militärischen
Sachverständigenkommission eine neue Er-
findung vorgeführt, die, wenn sie hält, was
sie verspricht und was davon gemeldet wird,
tatsächlich in das Bild des imperialistischen
Zukunftskrieges eine neue, ungewohnte
Nuance bringen würde. Es handelt sich um
einen neuartigen Schalldämpfer, der zunächst
für Geschütze gedacht ist. Dieser Schalld-
dämpfer, dessen Montage sehr leicht und
einfach sein soll, hebt die Explosions-
geräusche fast völlig auf. Die Sachverständi-
gen berichten, daß ein Kanonenschuß nicht
lauter klinge, als der gedämpfte Aufschlag
eines Hammers. Daneben hat dieser Schalld-
dämpfer noch die besonders schätzenswerte
Eigenschaft, die entstehenden Pulverdämpfe
fast völlig zu absorbieren. Ein Kanonen-
schuß wird auf diese Weise schon in ver-
hältnismäßig kurzer Entfernung weder ge-
hört noch gesehen.

Die italienische Erfindung würde dem mo-
dernen Krieg den furchtbaren Lärm des Ge-
schützfeuers nehmen und ihn damit um einen
Grad unheimlicher und gespenstischer
machen, als er schon ist. Sie würde darüber
hinaus die ziemlich schwierige Tarnung der
Artillerie wenigstens während des Tages fast
vollkommen gestalten. Da nicht gesagt ist,
ob auch das Mündungsfeuer selbst abge-

blendet wird, muß angenommen werden, daß
das noch nicht gelungen ist.

Das Mündungsfeuer ist aber, vor allem bei Nacht, der große Verräter der Artillerie.

Es ist überhaupt bezeichnend, daß die
meisten Erfindungen auf dem Gebiete des
Kriegswesens auf Tarnungen und Mas-
kierungen hinauslaufen. Ueberall ist die
Parole: Unsichtbar bleiben!

In Frankreich werden Versuche unter-
nommen, den Propellerlärm, der Flugzeuge
weithin verrät, zu dämpfen. Da der Lärm
als solcher nicht aus der Welt geschafft wer-
den kann, solange ein Propeller die Luft
schlägt, will man durch eine Art Schall-
steuervorrichtung erreichen, daß der Schall
von der Erde abgelenkt wird. Das hieße
also die dreidimensionale Ausbreitung der
Schallwellen betrügen. Die Erfindung, von
der in französischen Zeitungen letzthin viel
die Rede war, scheint angesichts unumstöß-
licher physikalischer Gesetze recht unwahr-
scheinlich. Interessanter, weil wahrschein-
licher, klingt schon die Nachricht, daß man
an die Konstruktion durchsichtiger Trag-
flächen herangehen will, um dadurch die
Sichtbarkeit für Beobachter von unten zu er-
schweren. Solche Versuche, allerdings mit
gefärbten Tragflächen, sind von Deutschland
schon während des letzten Weltkrieges
gemacht worden.

Warten — ohne Ende?

Überall stehen sie: an den Straßen-
ecken, an den Stempelstellen, an den Wohl-
fahrtsämtern, an den Wärmehallen — — und
warten!

Warten — — warten!
Die Alten und die Jungen. Die Frauen
und die Männer. Die Burschen und die
Mädchen. Die Jünglinge und die Greise. —
Und worauf warten sie?

Auf Arbeit — Brot — und ein menschen-
würdiges Leben!
Das ist in kurzen Worten das Ziel ihres
sehnsüchtigen Wertens. Darauf warten sie
bereits seit Monaten und Jahren. 6 Millionen
Menschen in Deutschland — 19 Millionen in
Amerika — 25 bis 30 Millionen in der ganzen
Welt.

Burschen und Mädchen opfern den
besten Teil ihrer Jugend. Männer und
Frauen ein Stück ihres Lebens. —
Kapitalismus — Wirtschaftsarchie —
Profit heißt der Gott, dem all diese Opfer
gebracht werden. Opfer an Gut und Blut,
an Tränen und Flüssen.

Millionen Menschen raubt man ihm zu-
liebe die Arbeitsstätte. Millionen Menschen
zertrümmert man ihre Existenz — verpflanzt
sie von dem Fabriksaal auf das Wohlfahrts-
amt.

Das ist der Moloch Kapitalismus.

Alles vernichtend und alles zertretend,
was sich seinem Profit in den Weg stellt.
Mögen Menschen zugrunde gehen. Mögen
Milliardenwerte an Waren vernichtet wer-
den. Es schert ihm nicht!

Der Geldbeutel ist ihm noch immer wich-
tiger als ein Menschenleben!

Warten! — Warten! — Warten!
Männer und Frauen warten auf Arbeit.
Burschen und Mädchen auf ihre verlorene
Jugend. Kinder auf Brot!

Aber wie lange sollen sie noch warten?
Schon füllen sich die Staubbecken menschen-
lichen Elends immer mehr. Die Dämme
drohen zu bersten! Man kiffelt sie hier und
da mit Gummiknüppeln und blauen Bohnen.

Aber wie lange?
Wenn nicht bald eine Entleerung jener
Staubbecken eintritt, kann sich jene Elends-
flut über Nacht in die kapitalistischen Ge-
filde ergießen und alles mit sich reißen und
zertrümmern.

Warten ist heute Trumpf! — Die ganze
Welt wartet! Die Arbeiterschaft wartet!
Die politischen Parteien warten! — Die Re-
gierungen warten!

Worauf?

Auf die neue Konjunktur — oder auf das
freiwillige Abtreten des Kapitalismus?

Handeln wir doch!
Im Anfang war die Tat und nicht das
Warten! Die Massen sind des Wartens
müde. Sie wollen nicht länger Gewehr bei
Fuß stehen und Bedürftigkeitsprüfungen
über sich ergehen lassen.

Millionen Menschen in der ganzen Welt
warten: Männer und Frauen — Burschen und
Mädchen — Kinder und Greise. Sie wollen
und dürfen nicht in der kapitalistischen
Wüste verrotten. Helfen wir ihnen, ehe es
zu spät ist! Vorwärts zum Sozialismus!
W. K.